SAARLAND

SPD

Ein Saarland mit Zukunft. Solidarisch und stark.

JETZT HEIKO MAAS!

Regierungsprogramm 2012 – 2017
zur Landtagswahl am 25. März 2012

Impressum:
SPD-Landesverband Saar
Talstraße 58 · 66119 Saarbrücken
Telefon: (0681) 95 44 8-0 · Fax: (0681) 95 44 8-48
E-Mail: landesverband@spd-saar.de
Internet: www.spd-saar.de
V.i.S.d.P.: Reinhold Jost

Liebe Saarländerinnen und Saarländer,

am **25. März 2012** wählen Sie einen neuen **Landtag**. Nach zwölf Jahren CDU-Regierung, davon zweieinhalb Jahren Jamaika-Chaos, braucht das Saarland einen Politikwechsel.

Die SPD ist bereit für diesen Neuanfang. Unser Angebot an Sie, an die Wählerinnen und Wähler liegt in Ihren Händen: das **Regierungsprogramm der SPD Saar** für die kommende 15. Legislaturperiode von 2012 bis 2017. Dieses Programm baut keine Luftschlösser. Es orientiert sich am Machbaren und am Finanzierbaren. Es orientiert sich daran, was das Saarland braucht. Es ist ein Programm, an dem Sie uns **ganz konkret** werden messen können.

Einstimmig beschlossen wurde dieses Programm von unserem Landesparteitag am 9. März in Saarbrücken. Entstanden ist es in wenigen Wochen, weil nach dem **Scheitern der Koalition aus CDU, FDP und Grünen** schnelle **Neuwahlen** erforderlich wurden, um eine **stabile Regierung** bilden zu können.

Trotz dieser kurzen Zeit wurde es in einem sehr intensiven **Dialog mit breiter Beteiligung** erarbeitet. Zwischen dem ersten Entwurf und dem abschließenden Votum des Parteitages lagen nur 24 Tage. Dennoch erreichten uns in dieser Zeit allein 563 schriftliche Anregungen, Rückmeldungen und Hinweise über E-Mail sowie ungezählte Ideen, Reaktionen und Wünsche über Telefon und soziale Netzwerke. Dafür möchten wir uns sehr herzlich bei Ihnen bedanken. In den allermeisten Fällen konnten wir Ihre Mitarbeit unmittelbar zur Verbesserung, Konkretisierung oder Korrektur des Entwurfes nutzen.

Unser Land hat die Chance, bald von einer **anständigen und stabilen Regierung in eine gute Zukunft** geführt zu werden. Auch das liegt in Ihren Händen:

Mit Ihrer Stimme für **ein solidarisches und starkes Saarland.**

Mit freundlichen Grüßen

Heiko Maas
SPD-Landesvorsitzender

Ulrich Commerçon
Leiter der Programmkommission

Inhaltsverzeichnis

Die Seele des Saarlandes: solidarisch und stark 5

Sparen, aber gerecht 6

Starke Wirtschaft – Gute Arbeit – Nachhaltige Entwicklung 7

Eine starke Wirtschaft erfordert eine mutige Industriepolitik 7

Gute Arbeit sichert Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe 11

Ökologische und soziale Umwelt- , Energie- und Verkehrspolitik 14

Gerechte Bildung – Zukunftsfähige Hochschulen – Lebendige Kultur 19

Gerechte Bildungschancen für alle 19

Zukunftsfähige Hochschulen für eine gute Lehre 24

Mut zur lebendigen Kultur 26

Demokratie braucht Medienvielfalt und Freiheit im Netz 27

Saarland - Sportland 28

Solidarische Gesellschaft – Glückliche Familien – Beste Gesundheit 28

Moderne Familienpolitik fördert die Vielfalt der Lebensentwürfe 28

Wir lassen kein Kind zurück 29

Die Chancen des Alters nutzen 29

Gemeinsam gegen Armut 30

Gleiche Teilhabechancen für Alle 31

Eine Kultur des Miteinanders schaffen 31

Gleichstellung voranbringen 32

Gesundheit fördern, VerbraucherInnen schützen 32

Handlungsfähige Kommunen – Freiheitliche Demokratie – Sicheres Leben 34

Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten 34

Mehr Demokratie wagen 34

Sicher im Saarland leben 36

Die Unabhängigkeit unserer Justiz bewahren und stärken 38

Die Seele des Saarlandes: solidarisch und stark

Das Saarland braucht einen Politikwechsel.

Das Saarland benötigt einen anderen Politikstil.

Das Saarland hat eine anständige und stabile Regierung unter Führung der SPD verdient.

Wir sind bereit für den Neuanfang am 25. März.

Jetzt Heiko Maas!

Am 6. Januar ist mit der sog. Jamaika-Koalition eine Regierung zerbrochen, die den Namen Regierung eigentlich nie verdient hatte. Die Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen war ein reines Zweckbündnis zur Machtübernahme und zum Machterhalt. Diese Konstellation konnte nur zustande kommen, weil die Einen unbedingt an der Macht bleiben und die Anderen unbedingt an die Macht kommen wollten. Eine inhaltliche Grundlage, ein gemeinsames politisches Projekt hat diese Regierung nie gehabt.

Die Skandale von zwölf Jahren CDU- und zwei Jahren Jamaika-Regierung sind hinlänglich bekannt: Ob widerrechtliche Stimmzettel, Gondwana-Chaos oder Verschwendung und Missmanagement beim IV. Pavillon – das Image des Landes ist schwer beschädigt.

Unser Saarland hat Besseres verdient:

Eine Politik zum Wohle des Saarlandes.

Eine Regierung der Verantwortung und Stabilität.

Einen Ministerpräsidenten mit Verlässlichkeit und Kompetenz.

Wir orientieren uns am Machbaren und am Notwendigen:

Sparen, aber gerecht.

Starke Wirtschaft.

Gute Arbeit.

Gerechte Bildungschancen für alle.

Ein Saarland mit Zukunft. Solidarisch und stark.

Dabei haben wir ein klares Leitbild – das Leitbild eines effizienten, reaktionsschnellen und lebendigen Saarlandes in einer **europäischen Modellregion SaarLorLux.**

Das Saarland wird im nächsten Jahrzehnt deutliche Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen. Die derzeitigen Prognosen gehen von einem **Rückgang um mindestens 20 Prozent** aus. Das wesentliche Ziel im Umgang mit dieser demografischen Entwicklung muss es sein, den Bevölkerungsrückgang nicht als gegeben hinzunehmen und ausschließlich „bewältigen“ zu wollen, sondern auch, ihm entgegenzuwirken, so weit dies möglich ist.

Einer neuen Regierung muss es gelingen, das weitere Abwandern **junger Menschen** zu verhindern, **familienfreundliche Strukturen** fortzuentwickeln und **Fachkräfte** für das Land zu interessieren. So werden wir die **Selbstständigkeit und Attraktivität unseres Bundeslandes** dauerhaft sichern.

Was unser Land ausmacht, unsere Gesellschaft zusammengebracht hat, unsere Kultur bis heute prägt, hat viel zu tun mit der **Geschichte dieses Landes zwischen Frankreich und Deutschland** und mit seiner **industriellen Entwicklung**.

Es gibt kein anderes Bundesland, keine andere Region, die so sehr zwischen Deutschland und Frankreich und Europa hin- und hergerissen wurde. **„Richtig daheim waren wir nie“** – das ist nicht nur ein wunderbares Buch; der Titel drückt auch aus, wie sich die Identität der Menschen in diesem Land in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. So wurde im Saarland **mehr Zusammengehörigkeitsgefühl** entwickelt als anderswo. Aus der Tradition der Bergleute und Hüttenarbeiter, beginnend beim gemeinsamen frühmorgendlichen Fußmarsch „zur Grub“ und „uff die Hütt“, am Hochofen und unter Tage ist ein ganz besonderer Zusammenhalt entstanden.

Heute leben wir im Zeitalter der Ich-AG. Wir merken, dass der Gesellschaft der Zusammenhalt langsam verloren geht. Deshalb reden wir über mehr bürgerschaftliches Engagement, über eine neue, solidarische Gesellschaftsgestaltung. Im Saarland haben wir die besten Voraussetzungen, diesen Worten Taten folgen zu lassen: **Nirgendwo in Deutschland sind so viele Menschen ehrenamtlich aktiv, nirgendwo sonst gibt es so viel Bürgerengagement wie in diesem Land – in Vereinen und Gewerkschaften, in Kirchen, Verbänden und Parteien.**

Darin liegt die Seele unseres Saarlandes: Solidarisch und stark.

Das erleben wir Tag für Tag. Das ist etwas, worauf wir stolz sein können. Das ist erhaltenswert und vorbildlich, gerade im Zeitalter der Beschleunigung und Globalisierung. Wenn wir über die solidarische Gesellschaft der Zukunft reden, dann ist unser Saarland ein Modell dafür. Wir brauchen deshalb **mehr Saarland in Deutschland** und nicht weniger. Deshalb müssen und werden wir die **Selbstständigkeit unseres Landes** in den kommenden Jahren verteidigen.

Und es gibt einen zweiten Punkt, der unser Land einzigartig und zum Vorbild macht. Das Saarland ist das **lebendige Symbol der deutsch-französischen Freundschaft**. Dieses Land gäbe es nicht ohne die bewegte deutsch-französische Geschichte, ohne alle Schwierigkeiten, die es in dieser Zeit gegeben hat. Die **deutsch-französische Vergangenheit** kann man auf den **Soldatenfriedhöfen in Verdun** besichtigen. Die **deutsch-französische Zukunft** wird in der **Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken** geschaffen. **Unser Saarland ist der Ort, an dem Europa lebt.**

Sparen, aber gerecht

*Eine SPD-geführte Landesregierung wird die **Eigenständigkeit unseres Saarlandes** dauerhaft sichern. Dazu müssen wir die zerrütteten Finanzen des Landes in Ordnung bringen.*

*Die Haushaltssituation des Saarlandes ist eine große Hypothek, die uns von den CDU-Landesregierungen seit 1999 aufgebürdet wurde. Während in den letzten Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung Schulden abgebaut wurden, kehrte die CDU zur alten Schuldenpolitik zurück. Die **Verschuldung des Landes** explodierte unter Verantwortung der CDU und **verdoppelte sich** von 6,3 auf über 12 Milliarden Euro. Parallel dazu entzog die CDU den Kommunen über 350 Millionen Euro, reduzierte damit die Handlungsmöglichkeiten unserer Städte und Gemeinden auf ein Minimum und trieb die kommunale Verschuldung auf Rekordhöhen.*

Wir dürfen und wollen nicht länger auf Kosten der kommenden Generationen leben. Wir werden uns deshalb auf das Notwendige und Machbare konzentrieren. Unser Ziel ist, die Neuverschuldung zu beenden. Wer aber glaubt, durch Sparen allein die Schuldenbremse einhalten zu können, ist auf dem Holzweg. Wir brauchen einen Dreiklang aus der **Überprüfung von Ausgaben**, der **Verbesserung der Einnahmen** und einer **Regelung der Altschuldenfrage**. Zwischen Bund und Ländern wurde im Rahmen der Föderalismusreform eine Vereinbarung getroffen, wonach das Saarland jedes Jahr Zuweisungen von 260 Millionen Euro erhält. Im Gegenzug hat sich das Saarland verpflichtet, die **Schuldenbremse einzuhalten** und nach 2020 keine neuen Schulden aufzunehmen. Diese Regelung gilt, unabhängig davon, wer im Saarland regiert. Wir sind nicht der Auffassung, dass diese 260 Millionen Euro geeignet sind, die Haushaltsnotlage des Saarlandes zu beenden. Wir wissen aber, dass das Land ohne diese 260 Millionen Euro überhaupt keine Handlungsspielräume hätte. Das bedeutet, dass wir in den kommenden Jahren **jährlich und strukturell 60 bis 70 Millionen Euro einsparen** müssen. Dieser Realität müssen sich alle verantwortlichen Kräfte des Landes stellen.

Wir fangen mit dem Sparen oben an. Wir werden die Kosten der politischen Führung drastisch reduzieren. So wird es künftig nicht mehr acht, sondern **maximal sechs Ministerien** geben. Die von der CDU begonnenen und dann vor allem von der Jamaika-Koalition vorgenommenen Doppelbesetzungen mit StaatssekretärInnen werden wir beenden. Die teilweise Überversorgung der MinisterInnen und StaatssekretärInnen werden wir abbauen und an das übliche Niveau in den anderen Bundesländern anpassen. Die Aufgabenstruktur der Ministerien, der Landesämter und der Landesgesellschaften werden wir mit dem Ziel größerer **Effizienz und Effektivität** überprüfen. Bis 2020 werden rund 6.500 Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Saarlandes in den Ruhestand eintreten. Nicht jede dieser Stellen wird wieder besetzt werden können. Dies wird auch angesichts des derzeitigen demografischen Wandels, der zunehmenden Technisierung und des veränderten Anforderungsprofils an den öffentlichen Dienst insgesamt nicht notwendig sein.

Privatisierungen lösen keine strukturellen Haushaltsprobleme. Sie verschaffen vielleicht kurzfristig Luft, führen aber auf Dauer zu höheren Ausgaben und schränken die Möglichkeiten einer vernünftigen Daseinsvorsorge ein. Es wird darum gehen, den öffentlichen Dienst effektiver und leistungsfähiger aufzustellen und **Doppelstrukturen abzubauen**. Dieser Weg wird auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Personalvertretungen nicht in Frage gestellt. Er kann auch nur mit diesen gemeinsam gegangen werden.

Eine solide Finanzpolitik des Saarlandes ist ohne verbesserte Einnahmen nicht möglich. Mit der SPD wird es deshalb keine Beschlüsse im Bundesrat geben, die eine Verringerung der Einnahmebasis des Landes zur Folge haben. Für uns gilt konsequent: **„Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache."** Dazu gehört für uns eine gerechte Besteuerung großer Einkommen und Vermögen, etwa durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, die stärkere Besteuerung von Erbschaften über einer Millionen Euro oder die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für die Reichsten in unserer Gesellschaft. Wir werden aber auch den Steuervollzug effektiver gestalten. Und das Saarland wird weiterhin auf solidarische Hilfen angewiesen sein.

Wir werden einen **kommunalen Entschuldungsfonds** auflegen und ein **gemeinsames Schuldenmanagement** der Kommunen mit dem Land initiieren, um günstigere Zinssätze und eine effektivere **Reduzierung der Neuverschuldung** der gesamten öffentlichen Hand zu erzielen.

Starke Wirtschaft – Gute Arbeit – Nachhaltige Entwicklung

Eine starke Wirtschaft erfordert eine mutige Industriepolitik

*Das Saarland lebt nach wie vor in entscheidendem Maße von seiner Industrie. In keinem anderen Bundesland ist die wirtschaftliche Entwicklung so vom Export industrieller Produkte abhängig. Wir müssen endlich wieder **„Ja zu unserer Industrie"** sagen. Sie ist es, die für Wachstum, für Wohlstand und für Arbeitsplätze sorgt.*

*Wir verfügen im Saarland über eine außergewöhnlich gut ausgebildete, mit den Erfordernissen der Industrie vertraute und **leistungsbereite Arbeitnehmerschaft**. Das Saarland braucht eine neue industriepolitische Perspektive, die sich zur Aufgabe macht, die Sicherung und das Wachstum unserer Industrie zu verbinden mit ökologischem und sozialem Fortschritt.*

Statt die gemeinsamen Interessen des Landes und seiner Kommunen auch gemeinsam gegenüber potenziellen Investoren zu vertreten, hat die CDU-Landesregierung in den vergangenen Jahren nicht nur einen schädlichen **Standortkampf zwischen den Kommunen** zugelassen, sondern selbst massiv zur gegenseitigen „Kannibalisierung" zu Lasten des Gemeinwohls beigetragen.

Das Neben- und allzu oft auch Gegeneinander der Wirtschaftsförderungs-Instrumente und -Gesellschaften des Landes und seiner Kommunen hat zu einem gefährlichen Dumping-Wettbewerb um die niedrigsten Grundstückspreise, die geringsten Umweltauflagen oder auch die höchsten Subventionen geführt.

Wir werden ein **Wirtschaftsförderungskonzept** umsetzen, das alle Landeseinrichtungen der Wirtschaftsförderung zusammenführt und die Einrichtungen der saarländischen Landkreise, des Regionalverbands sowie der Städte und Gemeinden einbindet. Das „Prinzip Gießkanne" der letzten Jahre muss durch eine Wirtschaftsförderung ersetzt werden, die sich vor allem am Kriterium der nachhaltigen Schaffung guter Arbeitsplätze ausrichtet.

Eine neue Politik für den saarländischen Mittelstand

Wir werden unseren Mittelstand gezielt unterstützen. 81 Prozent aller Unternehmen im Saarland sind Kleinbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten. Der Mittelstand kann sich auf lange Sicht nur erfolgreich im Wettbewerb behaupten, wenn er sich durch **Flexibilität, Kreativität und** Stabilität auszeichnet. Daher brauchen wir eine Wirtschafts- und Mittelstandspolitik und eine politische Kultur, die Innovationen vorantreibt und die Forschung und Entwicklung aktiv fördert.

Die **Innovationskraft des Mittelstandes** muss näher an die Industrie, die Forschungseinrichtungen und Hochschulen müssen näher an den Mittelstand gebracht werden. Dazu sind Investitionen in die Infrastruktur, in zunehmendem Maße in den Aufbau hochmoderner Telekommunikationsnetze erforderlich.

Existenzsicherung wird Chefsache

Die Existenzsicherung saarländischer Unternehmen muss Chefsache werden. Zahlreiche Betriebe im Saarland mussten und müssen um ihr Überleben kämpfen – oft mit schwerwiegenden Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aktuell sind gleich mehrere namhafte Unternehmen in Schwierigkeiten: Deutsche Bahn, HDI Gerling (Talanx), Cirrus Airlines, Praktiker oder Höll. Vielen kleinen und mittelständischen Betrieben geht es ähnlich schlecht – dies wird von Öffentlichkeit und Politik nicht ausreichend wahrgenommen.

Auch der Bund wird seiner Verantwortung für das Saarland nicht gerecht. Mit dem Abbau von 1.400 Dienstposten bei der Bundeswehr sind erhebliche wirtschaftliche und strukturelle Einbußen verbunden. Und die CDU-Landesregierung schaut tatenlos zu.

Wir brauchen deshalb eine Landesregierung, die sich um Unternehmen in schwieriger wirtschaftlicher Situation kümmert, sofort handelt, den Firmen die richtigen Ansprechpartner vermittelt und Kontakte knüpft. Dazu werden wir in der Staatskanzlei eine ***„Task Force Existenzsicherung"*** aufbauen, die dafür sorgt, dass die Gesprächsvermittlung zwischen VertreterInnen der Unternehmen, der Beschäftigten, , der Ministerien, der Banken und ggf. mit potenziellen Investoren unmittelbar aufgenommen und die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden. Auch die Frage, ob das Land selbst über Landesbürgschaften etc. eingreifen kann, wird hier vorab erörtert werden. Die „Task Force" wird Ansprechpartnerin für Unternehmen in einer frühen Krisensituation sein. Sie soll helfen, die Krise zu bewältigen, bevor sie zur Existenzvernichtung führt. Sie wird den Bund zwingen, seiner Verpflichtung zu einer stärkeren Präsenz mit seinen Einrichtungen im Saarland nachzukommen.

Vor allem soll diese „Task Force" präventiv wirken. Im Saarland wurde zuletzt oft erst gehandelt, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Das muss ein Ende haben. Wenn die Existenzgründung die Kür der Wirtschaftspolitik ist, dann ist die Existenzsicherung die Pflicht – und die kommt vor der Kür.

Dazu gehört, dass wir durch einen **Umbau der Wirtschafts- und Innovationsförderung** die Unternehmen begleiten, damit sie in ihrem Branchenumfeld wettbewerbsfähig bleiben. Vielfach verlieren mittelständische saarländische Unternehmen den Anschluss, weil sie wegen ihrer im Bundesdurchschnitt niedrigeren **Eigenkapitalausstattung** notwendige Innovationen oft nicht zeitnah umsetzen können. Das werden wir ändern: Wir werden Unternehmen mit neuen Instrumenten zur Seite stehen, wenn es um die Förderung von Innovationen und damit um die **Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit** geht.

Innovationskraft stärken – Das Saarland am Puls der Zeit

Das Saarland stand lange Zeit für Innovationen. Ob Forschungslandschaft, IT-Park oder Ford-Supplier-Park: alles Projekte und Ideen der SPD. Die CDU hat sich auf diesen Erfolgen ausgeruht, selbst aber nichts getan, um Innovation wirksam zu fördern. Wir wollen neuen Schwung in die Technologiepolitik bringen und z.B. ein ***Institut für Automobil- und Antriebstechnik („Auto-Uni")*** gründen. Wir wollen die Forschungslandschaft stärken und das erst auf unseren Druck hin errichtete *„Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik"* (ZeMA) zu einem ***„Zentrum für Ingenieurwissenschaften"*** ausbauen. Wir wollen Wirtschaft und Forschung noch enger verzahnen, um Arbeitsplätze im Land zu sichern, etwa mit einem ***„Kompetenzzentrum Stahl"***, das neben der Vernetzung der großen und mittelständischen Betriebe der heimischen Stahlindustrie mit der Wissenschaft den Werkstoff Stahl als Innovationsprodukt aus dem Saarland im Hinblick auf die Einsatzmöglichkeiten in den grünen Märkte positioniert.

Wir wollen „Made in Saarland" zu einem europaweiten Gütesiegel machen und die saarländische Wirtschaft wieder zu ihrer alten Innovationskraft zurückführen. Wissen ist die Basis für neue Produkte und Dienstleistungen und damit der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb müssen Wissen und Unternehmen miteinander vernetzt werden, und dabei spielt der Technologietransfer eine tragende Rolle.

Den Technologietransfer bündeln und aktiv gestalten

Wenn das Motto **„Besser statt billiger"** gilt, gilt zugleich, dass wir schneller als andere unsere Entwicklungen in **marktfähige Produkte** umsetzen müssen. Wir treten für einen **effektiveren Technologietransfer** zwischen den saarländischen Forschungseinrichtungen und der regionalen und überregionalen Wirtschaft ein. Im Saarland existieren bereits zahlreiche öffentliche und private Stellen, die

sich den Technologietransfer zur Aufgabe gemacht haben. Unser Ziel ist es, diese Kräfte zu bündeln. Deshalb wollen wir eine zentral koordinierte ***Steuerungsstelle für aktiven und anwendungsorientierten Technologietransfer („SAAT")*** gründen, die an der Identifikation, Recherche und Vermarktung von Produkten und produktnahen Entwicklungen arbeitet, um eine erfolgreiche Etablierung neuartiger Produkte und Verfahren in die saarländische und überregionale Wirtschaft zu gewährleisten.

Damit wollen wir eine einzigartige Koordination und Moderation zwischen Wissenschaft und Industrie aufbauen und so wissenschaftliche Ergebnisse der Industrie schnell und überzeugend vermitteln. Es geht also darum, unsere industriellen Partner intensiv zu betreuen. Damit die SAAT über das Normalmaß des bisherigen Technologietransfers hinaus Erfolge verzeichnen kann, werden wir mit der Universität des Saarlandes und der Hochschule für Technik und Wirtschaft ein ***Institut für Transdisziplinäre und Angewandte Forschung (TAF)*** entwickeln, das im Auftrag und auf Veranlassung von SAAT Forschungsergebnisse und Entwicklungen aus den Hochschulen in direkt vermarktungsfähige Produkte umsetzen soll. Daneben ist es die Aufgabe von TAF, fertige Produkte zu entwickeln, rechtlich zu sichern und dem regionalen und überregionalen Markt anzubieten.

Aufgabe beider Einrichtungen ist es in erster Linie, bestehende Unternehmen im Wettbewerb zu unterstützen. Darüber hinaus sollen sie Produkte neuer Wachstumsmärkte systematisch identifizieren, analysieren und entwickeln. Im Fokus sollten hierbei der Markt der nachhaltigen Technologien, der Gesundheitsmarkt und der Markt für altersgerechtes Wohnen und Leben stehen. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass **Zukunftsmärkte für das Saarland** entwickelt und aufgebaut werden.

Während die SPD in den 1990er Jahren die **IT-Industrie im Saarland** auf diese Weise massiv unterstützt hat – dort gibt es heute über 10.000 Arbeitsplätze –, gab es in den letzten zwölf Jahren keine Leitinvestitionen dieser Art. Wir sehen beispielsweise in den demografiesensiblen Bereichen und der Gesundheit Zukunftsbranchen. Natürlich sind aber auch die Stahl- und Materialwissenschaften gerade für das Auto- und Stahlland Saar von enormer Bedeutung. In diesen Bereichen können wir – wie ehemals in der IT-Branche – zu Vorreitern werden.

Wir werden das Saarland als **Gesundheitsstandort** weiter profilieren. Mit mehr als 50.000 Beschäftigten ist das Gesundheits- und Pflegewesen im Saarland eine der größten Wirtschaftsbranchen. Die gesellschaftliche Entwicklung und der medizinische Fortschritt eröffnen die Chance, daraus eine **Zukunftsbranche** für unser Land zu machen. Insbesondere in der Biomedizin, in der Medizintechnik, in der Telemedizin und in der Medizininformatik liegen Stärken unseres Standorts, die wir durch Förderprogramme weiterentwickeln und international vermarkten wollen. Die medizinische Forschung und Entwicklung insbesondere in der **Hochleistungsmedizin** wollen wir konzentrieren und offensiv fördern Um den Herausforderungen des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels erfolgreich begegnen zu können, bedarf es hoch spezialisierter Rehabilitationskliniken, die Menschen mit chronischen Erkrankungen eine erfüllende Teilhabe an Arbeitswelt und Gesellschaft ermöglichen können. Die saarländischen Rehabilitationskliniken haben gerade auf dem Gebiet der psychosozialen Medizin schon jetzt einen hervorragenden Ruf und müssen weiter gefördert werden. Saarländische Kompetenz kann so zum Exportschlager werden und Patienten auch aus den Nachbarländern ins Saarland holen. Im Bereich Prävention soll diese Kompetenz zusammen mit unserer gesunden Natur durch Verbesserung der hierzu notwendigen Infrastruktur genutzt werden, um das Saarland zu einem Zentrum des Gesundheitstourismus zu machen.

Ein innovatives Klima für Existenzgründungen schaffen

In den letzten zwölf Jahren hat es die Landesregierung versäumt, ein innovatives Klima für Existenzgründungen in unserem Land zu schaffen. So gibt es seit Jahren mehr Betriebsschließungen als Neugründungen und eine Massenflucht gut ausgebildeter junger Menschen aus dem Saarland. Gerade die Entwicklung einer vielfältigen Landschaft von kleinen und mittelständischen Unternehmen kann diesen negativen Trend stoppen. Sie sind Jobmotor und tragen zur notwendigen **Diversifizierung der Saarwirtschaft** bei.

Um die unterdurchschnittliche **Selbstständigen-Quote** in unserem Land an den Bundesdurchschnitt heranzuführen, sind umfassende Maßnahmen und Angebote für Existenzgründer notwendig. Wir wollen die Existenzgründungsberatung optimieren und bestehende Einrichtungen und Stellen besser vernetzen oder gegebenenfalls zusammenlegen. Wichtig ist es, vor und nach der Existenzgründung Unterstützungsleistungen aus einer Hand zu erhalten.

Die **Kapitalbeschaffung** ist nach wie vor das drängendste Thema bei Existenzgründungen. Wo die Instrumentarien der Hausbanken versagen, müssen die Förderinstitutionen des Landes ihrer Rolle zur Förderung des Mittelstandes in besonderer Weise gerecht werden.

Finanzwirtschaft im Dienste des Gemeinwohls

Sparkassen und Volksbanken müssen von der Politik gestärkt werden – nicht geschwächt. Aktuell zahlen sie die Zeche für die Spekulanten, die die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht haben. Die Institute, die ein an der Realwirtschaft orientiertes Geschäftsmodell besitzen, waren einerseits Stabilitätsanker in der Krise, andererseits haben sie erfolgreich das Entstehen einer Kreditklemme verhindert.

Wir wollen neue und **innovative Finanzinstrumente** für das Land sicher, systematisch und kreativ nutzen. Die private Sparquote im Saarland stieg stetig von 7,5 Prozent im Jahr 2000 auf 10,1 Prozent 2009, wobei die Zinsen aus Sicht des Anlegers entweder gering oder unsicher sind. Die Investition in einen **bürgerschaftlichen Innovationsfonds** bietet die Möglichkeit eines detaillierten Einblicks, wie das Geld investiert wird. Darüber hinaus fördert und sichert das die Entwicklung des Gemeinwohls vor Ort. Durch die Bildung eines solchen Fonds könnten herausragende Projekte für das Saarland gefördert und rentable Verflechtungen zwischen Staat, BürgerInnen und Wirtschaft entwickelt werden. So wäre es möglich, neue finanzielle Mittel im Saarland zu bündeln und weitere Investoren auf den Wirtschaftsstandort Saarland aufmerksam zu machen. Wir wollen die **Saarländische Landesbank** gemeinsam mit den **Sparkassen** und **Volksbanken** zum Instrument für eine **innovative, transparente und demokratisch gestaltete Investitionspolitik** machen, die sich nicht an Gewinninteressen, sondern am Gemeinwohl orientiert.

Die Kreativwirtschaft und neue Arbeitsformen unterstützen

Wir wollen, dass das Saarland mit der Zeit geht und der Zeit nicht immer hinterher rennen muss. Deshalb wollen wir neue Arbeitsformen unterstützen, um den Standort Saarland für Freiberufler, Selbstständige, Existenzgründer oder Geschäftsreisende attraktiv zu machen.

So werden wir die Einrichtung von **„Co-Working Spaces“** unterstützen, in denen Arbeitsplätze und Arbeitsinfrastruktur flexibel angeboten werden, um Kreativen kostengünstige und gute Startchancen zu geben und die Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf Zeit zu ermöglichen.

Wir stehen für eine fortschrittliche Informationsgesellschaft

Digitale Netze und Kommunikationsnetze sind heute wichtige Säulen der sozialen wie wirtschaftlichen Infrastruktur. Wir wollen im Saarland Breitbandversorgung mit schnellem Internet sicherstellen. Breitbandversorgung ist auch Wirtschafts- und Strukturförderung. **Zukunftsorte der Wirtschaft** müssen vorrangig an die schnelle Datenautobahn angeschlossen sein. Wo nötig, werden wir Wege finden, das **Glasfasernetz** mit öffentlicher Flankierung auszubauen.

Im Oberzentrum und den Mittelzentren des Landes wollen wir die Einführung eines **öffentlichen WLAN-Netzes** prüfen. Im Rahmen eines Modellprojektes soll für Wirtschaft, Tourismus und BürgerInnen ein **einfacher Zugang zum Internet** ermöglicht werden. Dabei werden an geeigneten Standorten Basisstationen errichtet, die Netze im Einzugsgebiet datenschutzrechtlich gesichert miteinander koppeln, um so flächendeckende Zugänge zur Verfügung zu stellen.

Alle Saarländerinnen und Saarländer haben einen **Anspruch auf Breitbandinternet.** In Zusammenarbeit mit den Kommunen, kommunalen Versorgungsunternehmen, Telekommunikationsanbietern und alternativen Infrastrukturinhabern werden wir einen verbindlichen Zeitplan erarbeiten, um dieses Ziel innerhalb der nächsten Dekade zu erreichen.

Das Saarland: Die Region, in der Europa erfunden wurde

Wie **Markenbildung** gerade nicht funktioniert, dafür ist unser Saarland leider das beste Beispiel: Seit 1997 gab es hier sechs Image-Kampagnen. Jede dieser sechs Kampagnen hatte einen anderen Inhalt. Dieses ständige Hin und Her hat dazu geführt, dass keine klare Linie mehr erkennbar ist – mit dem Ergebnis, dass das Saarland heute überhaupt kein Image mehr hat.

Anstatt ständig neue, isolierte Botschaften in die Welt zu setzen und eine Kampagne durch die nächste abzulösen, müssen wir uns auf die wesentlichen Punkte, sozusagen auf die **„Essenz des Saarländischen“** konzentrieren und diese dann nachhaltig vermarkten. Die Themensetzung muss dann aber auch die reale Situation widerspiegeln.

Das „Land der kurzen und vor allem der schnellen Wege“ zu proklamieren, setzt eben auch voraus, die **Geschwindigkeit von Verwaltungsverfahren** bei der Wirtschaftsförderung oder in Ansiedlungsfragen zu optimieren. Die Bewerbung selbstbewusst vorgetragener Stärken oder ambitionierter Ziele („Wir haben die besten Zulieferbetriebe“, „...die besten Freizeit- und Dienstleistungsangebote“, „Wir suchen die besten Lehrer, ...“, „Wir schaffen die besten Schulen und Hochschulen“ etc.) müssen mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Auch **weiche Standortfaktoren** („das Land mit den meisten Michelin-Sternen“) und die Ästhetik des öffentlichen Raums im Zusammenhang mit der Verkehrsinfrastruktur und die Vermarktung unserer Besonderheiten und Sehenswürdigkeiten können Vorzüge des Landes betonen – wenn sie „dazu passen.“

Themen wie Technologietransfer, Unterstützung bei der Existenzsicherung, Stärkung des Mittelstandes, Leistungsfähigkeit unserer Industrie und damit verbunden **Chancen für Fachkräfte** interessieren junge Menschen und können das Saarland für sie attraktiv machen.

Unser Ziel muss es sein, unser Bundesland als innovative, experimentierfreudige, lebensfrohe und dynamische Region darzustellen – als die Region, in der **Europa erfunden** wurde.

Gute Arbeit sichert Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe

*Eine starke Wirtschaft ist aber für uns nicht Selbstzweck. **Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen, nicht umgekehrt.** Arbeit ist für alle Menschen ein wichtiger, strukturierender Faktor im täglichen Leben. Wir erfahren durch eine Beschäftigung Anerkennung und Wertschätzung und werden selbst schöpferisch tätig. **Arbeit bedeutet Selbstverwirklichung, gesellschaftliche Teilhabe und Existenzsicherung.** Auch deshalb halten wir am Ziel der **Vollbeschäftigung** fest.*

*Damit es in unserem Land voran und allen gut geht, brauchen wir **gute Arbeit.** Durch **Mindestlohn, Tariftreue und Begrenzung der Leiharbeit** bekämpfen wir auch die Armut in unserem Land. Saarländerinnen und Saarländer sollen für gleiche Arbeit gleichen Lohn erhalten. Menschen mit Behinderungen sollen erleben, dass die Gesellschaft sich auf ihre Bedürfnisse einstellt und ihnen eine Teilhabe ermöglicht. **Gemeinsam gestalten und erhalten wir unser Saarland selbst – solidarisch und stark.***

Den gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen

„Gute Arbeit“ heißt zuallererst, dass Vollzeiterwerbstätige von ihrem Lohn ein menschenwürdiges Leben bestreiten können. Deshalb fordern wir **existenzsichernde Mindestlöhne** im Saarland, in Deutschland und in Europa. Sie müssen tariflich und gesetzlich durchgesetzt werden. Wir werden alle Bemühungen zur Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns im Bundesrat unterstützen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird eigene Bundesratsinitiativen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro initiieren.

Ein echtes Tariftreuegesetz für Gute Arbeit

Wer glaubwürdig für faire Löhne eintritt, muss mit deren Durchsetzung dort anfangen, wo er direkt Einfluss nehmen kann. Das Saarland hat ein Tariftreuegesetz – aber keines, das für gute Arbeit sorgt. Wir werden daher wichtige Korrekturen am bestehenden **Tariftreuegesetz** vornehmen: Ein Vergabe- und Tariftreuegesetz muss auf der **Basis repräsentativer Tarifverträge** beruhen, d.h. den Tarifvertrag zur Grundlage machen, von dem die meisten Beschäftigten der betroffenen Branche erfasst werden. Zusätzlich muss es einen echten Mindestlohn von 8,50 Euro berücksichtigen und ab einem Auftragswert von 20.000 Euro greifen. Wirksame **Nachkontrollen** müssen gesetzlich verankert, **scharfe Sanktionen** bis hin zum Ausschluss von Ausschreibungen gesetzlich festgeschrieben werden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Noch immer wird das Leistungsprinzip mit Füßen getreten. Die sich immer weiter ausbreitende Leiharbeit hat sich darüber hinaus zu einem Problem entwickelt, das dringender Korrekturen bedarf. Wir brauchen eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt, um Lohndumping durch Niedriglöhne, Leiharbeit und Werkverträge zu verhindern. Mit einer zeitlichen und anteiligen **Begrenzung der Leiharbeit** werden wir die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse erreichen. Wir werden uns für die **Einführung von „Equal Pay“**-Regelungen incl. eines sozialen Nachteilsausgleichs von 20 Prozent vom ersten Tag an einsetzen. Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen Mitbestimmungsrechte zur Kontrolle des ordnungsgemäßen Einsatzes der Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer und des Umfangs und der Dauer der Leiharbeit. Folgerichtig sollen LeiharbeitnehmerInnen bei der Ermittlung der Beschäftigtenzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden. Die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses, die Koppelung der Befristung an einen Ar-

beitseinsatz (Synchronisation) außerhalb der Probezeit und der Einsatz als StreikbrecherIn muss gesetzlich verboten werden. Entsprechende Initiativen werden wir nicht nur auf der Bundesebene unterstützen: Wir werden die Kriterien für die Wirtschaftsförderung des Landes auch so verändern, dass das Prinzip **„gleicher Lohn für gleiche Arbeit"** zum Förderkriterium wird.

Soziale Arbeitsmarktpolitik durch Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors

Viele, insbesondere langzeitarbeitslose Menschen sind aufgrund ihrer persönlichen und beruflichen Situation noch nicht oder nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar. Diesen Menschen gegenüber haben wir die gesellschaftliche Verpflichtung, für sie eine berufliche und persönliche Perspektive zu schaffen. Bei Langzeitarbeitslosen liegt zudem ein Potenzial brach, das mittels geregelter Arbeit wieder aktiviert und entwickelt werden kann, so dass sich die Perspektive der Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt trotz Schwierigkeiten ergeben kann. Ein derartiger „sozialer Arbeitsmarkt" braucht eine öffentlich geförderte Grundlage. Daher werden wir einen abgesicherten, dauerhaft geförderten **öffentlichen Beschäftigungssektor** im Saarland einführen. Dies wird in Zusammenarbeit mit allen Akteuren der saarländischen Arbeitsmarktpolitik geschehen.

Langzeitarbeitslose qualifizieren – Trägerstrukturen neu aufstellen

Immer wenn sich die Arbeitsmarktzahlen in den letzten Jahren verbessert haben, konnten insbesondere Langzeitarbeitslose überproportional wenig von einer solchen Entspannung profitieren. Die so genannte **Unterbeschäftigung** blieb immer auf einem hohen Niveau. Umso wichtiger ist es, die Chancen auf **Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt** für Langzeitarbeitslose durch Qualifizierung zu erhöhen. In diesem Zusammenhang trifft die Kürzung des Programms Jobperspektive nach § 16e SGB II diese Betroffenen besonders hart. Gefährdet sind durch diese Kürzungen jedoch auch die über viele Jahre aufgebauten und mit hoher Fachkompetenz erfolgreich arbeitenden Trägerstrukturen im Saarland. Müssen die Träger ihre Fachleute entlassen, geht nicht nur deren Know-how für die Arbeitsmarktpolitik verloren. Die ExpertInnen werden paradoxerweise selbst in die (drohende Langzeit-) Arbeitslosigkeit gedrängt. Daher werden wir zügig in Zusammenarbeit mit den saarländischen ArbeitsmarktakteurInnen die gefährdeten **Trägerstrukturen** neu aufstellen.

Für gute Arbeit im Saarland werden wir außerdem gesetzliche Maßnahmen zur **Eindämmung der fortschreitenden Prekarisierung** im Saarland einleiten, einen **„Index Gute Arbeit"** zur Beurteilung der Arbeitsqualität im Saarland in Abstimmung mit den Gewerkschaften, betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensleitungen sowie Verwaltungsspitzen einführen und die Beratungsstelle für sozialverträgliche Technologiegestaltung e.V. (BEST) und das Projekt ‚Arbeitskammer-Betriebsbarometer' zur Messung Guter Arbeit unterstützen.

Wir beenden die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Im Saarland sind rund 200.000 Frauen erwerbstätig. Die in den vergangenen Jahren vollzogenen Beschäftigungsgewinne von Frauen fallen jedoch nur bei der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit und bei der geringfügigen Beschäftigung an. Die Zahl der in Vollzeit beschäftigten Frauen ist dagegen deutlich gesunken. 36,3 Prozent von ihnen beziehen Niedriglöhne, bei den Männern sind dies nur 9,3 Prozent. Frauen müssen oft ein hohes Maß an Flexibilität aufbringen, um Beruf und Familie vereinbaren zu können. Deshalb sind sie überdurchschnittlich von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung betroffen und erleiden dadurch Gehaltseinbußen. Insgesamt werden Frauen damit verstärkt in die **Zuerwerbsrolle** gedrängt. Die meisten Frauen wollen eine höhere Wochenstundenzahl arbeiten. Eine bessere Betreuungsinfrastruktur, die Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes, die Neuregelung der ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse sowie familienfreundliche Arbeitszeiten in den Unternehmen sind die Voraussetzung dafür, dass Frauen die von ihnen gewünschte Arbeitszeit arbeiten können. Wir unterstützen Unternehmen bei der Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle, damit es Frauen wie Männern möglich ist, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Bis zu einer Neuregelung der Mini-Jobs auf Bundesebene werden wir die Vergabe öffentlicher Aufträge daran binden, dass alle Beschäftigten des beauftragten Unternehmens sozial abgesichert sind.

Frauen werden nach wie vor allzu oft für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt als Männer. Auch Frauen in Leitungs- und Führungspositionen verdienen deutlich weniger als Männer in vergleichbarer Position. Insbesondere der Vergleich zwischen den Frauengehältern im Saarland und im Bund zeigt, dass hier deutlicher Nachholbedarf besteht: Die Gehälter der Frauen im Saarland liegen fast sieben Prozent unter denen der übrigen Frauen in Deutschland.

Wir werden im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, die die Lohndiskriminierung zwischen Frauen und Männern wirksam bekämpfen. Wir wollen mit gutem Beispiel voran gehen: Wir werden in der Landesverwaltung, den landeseigenen Unternehmen und den Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes einen Entgelt-Check durchführen, um bestehende Lohndiskriminierung aufzudecken und gemeinsam mit den TarifpartnerInnen nach Wegen suchen, wie die Entgeltgleichheit zügig hergestellt werden kann. Bis ein verbindliches Bundesgesetz zur Entgeltgleichheit beschlossen ist, werden wir die Vergabe öffentlicher Aufträge davon abhängig machen, dass die beauftragten Unternehmen und ggf. Subunternehmen einen Entgelt-Check durchführen und einen Umsetzungsplan zur Herstellung der Entgeltgleichheit vorlegen.

Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Unser Ziel ist die paritätische Besetzung von Führungspositionen in der Landesverwaltung bis 2022. Wir werden in den landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes mit gutem Beispiel vorangehen und im Vorgriff auf ein Bundesgesetz den Frauenanteil in den Aufsichtsgremien und Vorständen bzw. Geschäftsleitungen in einem ersten Schritt auf mindestens 30 Prozent und dann auf mindestens 40 Prozent erhöhen. Soweit hierfür und für die Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen in allen öffentlichen Unternehmen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften Klarstellungen oder Sanktionen im Landesgleichstellungsgesetz notwendig sind, werden wir eine entsprechende Gesetzesnovelle in den Landtag einbringen. Auf Bundesebene werden wir uns im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die **Einführung einer verbindlichen Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände** sowie der **Einführung der Individualbesteuerung** einsetzen.

Gesundheitsschutz bei der Arbeit

Die Belastungen in der Arbeitswelt haben enorm zugenommen. Von guter Arbeit kann häufig keine Rede sein. Leistungsdruck, Stress, Arbeitsplatzunsicherheit, sozial ungünstige Arbeitszeiten wie Schicht- und Nachtarbeit bis hin zu Burnout sind heute betriebliche Realität. Durch die unvermeidliche Alterung der Belegschaften als Folge des demografischen Wandels wird sich die Belastungssituation zusätzlich verschärfen. Wir setzen uns dafür ein, die Gesundheit der Beschäftigten am Arbeitsplatz besser zu schützen, die Beschäftigungssituation der älteren Kolleginnen und Kollegen durch Prävention und Gesundheitsförderung, eine alters- und alternsgerechte Arbeitsgestaltung und Weiterbildung zu verbessern.

Wir werden die „Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie" – das Bund-Länder-Programm zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit – endlich auch im Saarland gemeinsam mit den Sozialpartnern mit Leben füllen. Wir werden auch keine Verschlechterung des Schutzes Jugendlicher bei der Arbeit akzeptieren.

Flexible Übergänge aus dem Erwerbsleben

Im Saarland sind z.B. im Bereich der Metall- und Elektroindustrie – einschließlich Stahlindustrie – nur ca. drei Prozent ältere ArbeitnehmerInnen über sechzig Jahren in den Betrieben beschäftigt. Wir werden in den nächsten zehn Jahren aber Arbeitsplätze für die rund 27 Prozent der Beschäftigten benötigen, die jetzt zwischen fünfzig und sechzig Jahren alt sind. Diese Arbeitsplätze gibt es nicht. Vor diesem Hintergrund ist die weitere Umsetzung der „Rente mit 67" mit uns nicht machbar.

Stattdessen brauchen wir für die Beschäftigten flexible und akzeptable Ausstiegsmodelle. Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben sind vielfach wenig altersgerecht, die Arbeitsbelastungen zu hoch, Ältere werden nicht eingestellt. Wir werden die ArbeitgeberInnen in die Pflicht nehmen, Arbeitsplätze zu humanen und menschenwürdigen Bedingungen für Ältere zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus ist die Politik gefordert, insbesondere wegen der alarmierenden Zahlen im Saarland, vernünftige Ausstiegsszenarien auf den Weg zu bringen. Dazu gehören der abschlagsfreie Rentenzugang nach 45 Versicherungsjahren, ein verbesserter Zugang zur Erwerbsminderungsrente sowie die Streichung der Abschläge bei Erwerbsminderung. Besonders belastete Beschäftigungsgruppen benötigen dabei auch frühere abschlagsfreie Ausstiegsmöglichkeiten bzw. die zusätzliche Anrechenbarkeit der Erschwernisse.

Unser Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass alle Beschäftigten die Chance haben, gesund in Rente gehen zu können.

Ökologische und soziale Umwelt- , Energie- und Verkehrspolitik

Wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen gemäß der Definition des Rates für Nachhaltigkeit. Dabei ist das eine nicht ohne das andere zu haben. ***Soziales Wachstum kann nur entstehen, wenn neben den ökonomischen auch die ökologischen Interessen berücksichtigt werden.***

Wir streben daher ein ***Bündnis für nachhaltiges Wirtschaftswachstum*** *an. Dieser Allianz sollen u.a. Wirtschaft, VertreterInnen der Gewerkschaften, öffentliche Hand und Umweltverbände angehören. Ziel ist es, in konsensfähigen Punkten verbindliche Festlegungen zu treffen, um so für alle Seiten einen verlässlichen Rahmen abzustecken. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der stark industriellen Prägung des Saarlandes und seiner landschaftlichen Vielgestaltigkeit notwendig und sinnvoll.*

Neue Energie für das Saarland

Das Saarland ist ***Energie- und Industrieland****. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Energiepolitische Entscheidungen, die letztlich die Deindustrialisierung des Saarlandes zur Folge hätten, können von der SPD Saar nicht mitgetragen werden. Gleichzeitig wollen wir auch den Ausbau der erneuerbaren Energien kraftvoll vorantreiben, um so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir brauchen auch in Zukunft* ***bezahlbare Strom- und Wärmepreise.***

Die katastrophalen Vorfälle in den japanischen Kernkraftwerken von Fukushima haben uns 25 Jahre nach dem Super-GAU im sowjetischen Tschernobyl erneut gezeigt: **Kein Atomkraftwerk ist wirklich sicher.** Auch das Atomkraftwerk **Cattenom** in unserer unmittelbaren Nähe macht regelmäßig durch Störfälle auf sich aufmerksam. Es stellt eine unmittelbare Gefahr für unsere Region dar. Deshalb fordern wir die sofortige Abschaltung des Kraftwerkes in Cattenom.

Die Zukunft wird bestimmt von erneuerbaren Energien. Neben Investitionen in diese Zukunftstechnologien brauchen wir mehr Anstrengungen bei **Energieeinsparung und -effizienz,** bei der Modernisierung des fossilen Kraftwerksparks sowie beim Ausbau der Netze und Speichertechnik. Dezentrale Energieerzeugung in Verbindung mit dem Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen stellt einen wesentlichen Bestandteil beim Umbau der Energieerzeugung dar.

Bis 2020 strebt die SPD eine Erhöhung des Anteils der **Erneuerbaren Energien** an: bei der Stromversorgung auf 35, im Wärmebereich auf fünfzehn Prozent. Gleichzeitig wollen wir die installierten Windenergiekapazität verfünffachen. Einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz kann die Einführung des **„Top-Runner-Modells"** leisten. So wird Energie eingespart und Innovation befördert. Auch die öffentliche Hand kann und muss sich der Energieeffizienz und Energieeinsparung verpflichten. Dies beginnt bei der umfassenden energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude und geht bis hin zu umweltschonenden Fahrzeugflotten.

Substanzielle Verbesserungen im Wärmebereich sind dringend erforderlich. Die konkrete Umsetzung z.B. durch ein **erneuerbares Wärmegesetz** muss jedoch im Zusammenhang mit dem bundespolitischen Förderrahmen gesehen werden. Das Saarland als Bundesland mit der höchsten Eigenheimquote wird nur dann erhebliche Fortschritte erzielen können, wenn der Bund entsprechende Fördermittel zur Verfügung stellt. Darüber hinaus wollen wir die **Energieeinsparberatung** für einkommensschwache Haushalte landesweit ausbauen. Im industriellen und gewerblichen Bereich gilt es, die im Rahmen der Energieeffizienznetzwerke gemachten Erfahrungen weiterhin zu sammeln und anschließend breit nutzbar zu machen.

Wir bekennen uns eindeutig zum **Kraftwerksstandort Saarland**. Direkt im Kraftwerksbereich gibt es rund 2.000 Beschäftigte, weitere 6.000 Arbeitsplätze hängen von der Kraftwirtschaft ab. Um die Marktposition zu verbessern, sind Modernisierungs- und Ertüchtigungsmaßnahmen für unsere Kraftwerke von immenser Bedeutung. Dabei geht es um eine Steigerung der Wirkungsgrade und um den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird Plänen für einen **Kraftwerksneubau** aufgeschlossen gegenüberstehen. Um saarländische Interessen zu bündeln, werden wir einen Dialog zwischen Energiewirtschaft, kommunalen Stadtwerken und (Stahl- und Automobil-)Industrie initiieren. In einem solchen Dialog sollen auch Möglichkeiten zum Aufbau einer **Kraftwerksgesellschaft Saar** und einer **Netzservicegesellschaft** besprochen werden.

Die **VSE** ist ein fester regionalwirtschaftlicher Bestandteil des Saarlandes. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Daher begrüßt die SPD ausdrücklich den Erwerb von VSE-Anteilen durch Stadtwerke, Kommunen und das Land. Die VSE muss in ihrer Struktur erhalten bleiben, eine Zerschlagung des Unternehmens widerspräche elementar saarländischen Interessen. Der Anteil der öffentlichen Hand an der VSE und damit der **saarländische Einfluss** müssen möglichst hoch sein. Auch die Sicherung der übrigen Kraftwerksstandorte ist eine zentrale Herausforderung für das Land. Wir werden in intensiven Gesprächen mit den Verantwortlichen darauf hinwirken, dass die **Steag-Kraftwerke** im Saarland erhalten bleiben, und erörtern, welche Möglichkeiten es gibt, den saarländischen Einfluss zu stärken.

Neben dem **Netzausbau** auf der Hochspannungsebene muss auch das saarländische Verteilernetz ertüchtigt werden. Die SPD Saar wird daher eine Stärken-Schwäche-Analyse des Netzes durchführen. Bei allen Erdverlegungen sollten parallel Leerrohre für den Breitbandausbau verlegt werden. In Zukunft werden wir auf sogenannte **„Smart Grids"** setzen, also auf moderne Verteilernetze, die mit den Herausforderungen durch Erneuerbare Energien ebenso zurechtkommen wie mit der zunehmend dezentralen Stromerzeugung. Insgesamt müssen wir die bestehende Netzinfrastruktur intelligenter nutzen. Das gelingt uns über den Zusammenschluss mehrerer Anlagen zu einem **virtuellen Kraftwerk**, den notwendigen Einsatz und die Weiterentwicklung von Stromspeichern, die stärkere Einbindung von Großverbrauchern in das Lastenmanagement sowie über eine verstärkte Vernetzung von Angebot und Nachfrage.

Unsere Vision ist eine intelligent vernetzte Welt, in der VerbraucherInnen und ErzeugerInnen nicht nur über das Stromnetz, sondern auch über ein Kommunikationsnetz miteinander verbunden sind. Um hier neue Weichenstellungen vorzunehmen, müssen auch die Stadtwerke stärker in die Entwicklung und den Ausbau moderner Stromnetze eingebunden werden.

Das Marktvolumen für **Energiespeicher** wird auf zehn Milliarden Euro geschätzt – das ist eine Chance für das Saarland. Insbesondere auf das Speicherpotenzial stillgelegter Bergschächte gilt es ein Augenmerk zu legen. Wir wollen die **Energietechnik zum Schwerpunkt der ingenieurwissenschaftlichen Lehre und Forschung** an unseren Hochschulen machen. Die Universität des Saarlandes, die Hochschule für Technik und Wirtschaft und das Institut für Zukunftsenergiesysteme (IZES) werden zum Umbau der Energielandschaft einen wichtigen Beitrag leisten.

Stadtwerke spielen eine wichtige Rolle beim Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen. Sie können mit Investitionen vor Ort zielgenau die regionale Wertschöpfung fördern. Unser Ziel ist es, so viel Ökostrom in überwiegend eigenen Anlagen zu erzeugen, dass damit der Gesamtbedarf der saarländischen Haushalte gedeckt werden kann. Um es kommunalen Stadtwerken zu ermöglichen, solche Projekte anzugehen, werden wir das Kommunale Selbstverwaltungsgesetz (KSVG) ändern und die **wirtschaftliche Betätigung** kommunaler Unternehmen erleichtern.

Die im Bund von CDU/FDP beabsichtigte Reduzierung der Solarstromvergütung lehnen wir ab. Bürgerinnen und Bürger sollen sich an lokalen und überregionalen Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung, Energieeffizienzmaßnahmen oder Netzausbauprojekten beteiligen. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit der Stadtwerke mit den Kommunen stärken und Zusammenschlüsse von **Energiegenossenschaften** unterstützen.

Moderne Verkehrspolitik braucht verantwortungsbewusste Mobilität

*Verkehrspolitik hat den **Mobilitätsbedürfnissen der Menschen** Rechnung zu tragen – sozialverträglich, umweltfreundlich, klimaschonend, nachhaltig, attraktiv.*

*Zusätzliche gesellschaftliche Aufgabenstellungen ergeben sich für die Zukunft aus der **demografischen Entwicklung**: sinkende SchülerInnenzahlen und gleichzeitig steigende Mobilität einer größer werdenden älteren Generation werden gerade den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) massiv verändern.*

Wichtigster Verkehrsträger im Saarland ist nach wie vor das **Auto**. Die Automobilindustrie, einschließlich ihrer Zulieferer, ist der größte Industriezweig im Saarland und gibt Zigtausenden von Menschen Arbeit und Brot. Schon deshalb kommt für uns eine Politik der Verteufelung des Automobils nicht in Frage. Insbesondere in den ländlichen Regionen unseres Landes bleibt das Auto unverzichtbarer Bestandteil unserer Mobilitätsbedürfnisse. Wir wollen einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Automobilität fördern. Das Thema Elektromobilität als Zukunftsthema ist dabei im Hinblick auf seine Chancen für das Saarland weiter voranzutreiben.

Die **Straßeninfrastruktur** im Saarland ist flächendeckend gut ausgebaut. Weiterer Zubau und damit einhergehender Eingriff in Natur und Landschaft darf deshalb nur noch dort vorgenommen werden, wo er gut begründet und volkswirtschaftlich sinnvoll ist: für Lückenschlüsse und Ortsumgehungen zur Entlastung in den Ortskernen. In diesem Zusammenhang stehen wir zur B 423 und zur Nordsaarlandstraße einschließlich der Nordumfahrung Merzig als wichtige Infrastrukturmaßnahmen. Ansonsten gilt: **Erhalt und Sanierung geht vor Aus- und Neubau.**

Unser Ziel ist, die viel zu hohen **Emissionen des Klimakillers CO_2** im Verkehrssektor zu reduzieren. Dazu benötigen wir einen leistungsfähigen ÖPNV als attraktive Alternative zum Auto, aber auch im Sinne eines sinnvollen Miteinanders. Auto und ÖPNV auf Schiene und Straße müssen noch besser miteinander verknüpft und kombiniert werden. Neben dem ÖPNV ist der Fahrradverkehr als touristische, vor allem in den Ballungsräumen aber auch als umweltgerechte alternative Mobilitätsart zu fördern.

In der sozialdemokratischen Regierungszeit bis Ende der 90er Jahre sind hierzu wichtige Weichenstellungen erfolgt: Bau der **Saarbahn**, Einführung der **Regionalbuslinien**, Finanzierung neuer attraktiver Fahrzeuge auf Schiene und Straße, Neu- und Ausbau der Bahnhöfe und von Park&Ride-Anlagen, Einführung des **Semestertickets**. Daran wollen wir wieder anknüpfen.

Die Fertigstellung der Saarbahnstrecke nach Lebach steht kurz bevor. Die Finanzierung ist sicher zu stellen. Die Erweiterungen Richtung Völklingen und Scheidt sowie zwischen Völklingen und Etzenhofen bleiben wichtige Optionen. Ihre Realisierung kann aber erst ins Auge gefasst werden, wenn sich entsprechende Finanzierungsspielräume abzeichnen. Bis 2022 müssen die bestehenden Saarbahnfahrzeuge ersetzt werden. Deren Finanzierung muss in der kommenden Legislaturperiode sichergestellt werden.

Die **Bahnhöfe und Haltepunkte** sind das Entrée zum schienengebunden Personenverkehr. Sie entscheiden maßgeblich über seine mehr oder weniger attraktive Wahrnehmung. Deshalb muss weiter in Sanierung, Erneuerung und behindertengerechten Ausbau investiert werden.

Nach 2013 läuft die Zweckbindung für die Leistungen des Bundes nach dem ehemaligen Gemeindefinanzierungsgesetz aus. Diese Zweckbindung muss durch die Landesregierung dauerhaft festgeschrieben werden. Dies gilt auch für die **Neuaufteilung der Mittel auf den ÖPNV und den Straßenbau** im Verhältnis 60:40.

Wir werden darauf achten, dass die **Fernverkehrsanbindung** des Landes wieder verbessert und die Attraktivität der **Hochgeschwindigkeitsverbindung Frankfurt – Saarbrücken – Paris** ausgebaut wird. Der Bund ist insbesondere in der Pflicht, den Ausbau zwischen Saarbrücken und Mannheim voranzutreiben. Darüber hinausgehende Verbesserungen der öffentlichen Verkehrsanbindungen, wie z.B. nach Metz, Luxemburg und Rheinland-Pfalz, werden wir gemeinsam mit den PartnerInnen in der Großregion in Angriff nehmen.

Die geplante **Kooperation der Flughäfen** in Saarbrücken und Zweibrücken werden wir im konstruktiven Dialog mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung befördern; eine Schwächung des Standortes Saarbrücken ist dabei mit der SPD nicht zu machen.

Nachhaltige Landesplanung

*Die Folgen des demografischen Wandels erfordern dringend die **Bündelung von Ressourcen** sowie eine verstärkte **interkommunale Kooperation**, damit die Unterhaltung der Infrastruktureinrichtungen von der schrumpfenden Bevölkerung noch zu angemessenen Preisen getragen werden kann.*

Das Saarland muss seine **internationale Wettbewerbsfähigkeit** stärken. Daher ist eine verstärkte **grenzüberschreitende Zusammenarbeit im SaarLorLux-Raum** erforderlich, um durch stabile regionale Organisationsformen gemeinsam Verantwortung für die Region wahrzunehmen. Ein integrierter **Landesentwicklungsplan Saarland** (LEP Saarland) soll die entsprechenden landesplanerischen Rahmenbedingungen darlegen.

Wir werden unsere **Kommunen** bei den Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels, dem wirtschaftlichen Strukturwandel, dem Klimaschutz und der energetischen Erneuerung lokal bedarfsgerecht unterstützen. Verwaltungsvereinfachung, Bündelung von Finanzmitteln und mehrjährige Planungssicherheit sind dabei vorrangigstes Ziel. Wir werden die Bearbeitung des Themas **Nachhaltigkeit an einer einzigen Stelle** bündeln.

Für eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung müssen **EU-, Bundes- und Landesförderung** dazu **auf eine gemeinsame Grundlage** gestellt werden. Die Förderung von Maßnahmen und Projekten in den Kommunen muss unter einem Dach zusammengeführt werden. Viele Kommunen haben Stadt- bzw. Gemeindeentwicklungskonzepte in Abstimmung mit dem Land erstellt bzw. in Arbeit. Damit liegt eine **integrierte Entwicklungsstrategie** in den Kommunen als Basis für Förderentscheidungen des Landes vor. Die Förderung auf Landesebene muss hierauf ausgerichtet werden.

Mit einer Novelle zur **Landesbauordnung** (LBO) werden wir die **Wahlfreiheit zwischen Freistellungs- und Genehmigungsverfahren** wiederherstellen, einen Genehmigungsvorbehalt der Kommunen bei Videowalls und Werbeinstallationen schaffen und die Vorschriften zum „barrierefreien Bauen" enger fassen, indem wir die Ausnahmeregelungen im Neubau reduzieren. Wir werden auf gesetzlichem Wege einen kommunalen Genehmigungsvorbehalt für Spielhallen verankern und die Mindestabstände auf 500 m festlegen.

Wir werden uns auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Prostituierten für einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die Genehmigung, Kontrolle und Überwachung von Bordellen und bordellähnlichen Betrieben einsetzen.

Den ländlichen Raum entwickeln

Aufgrund der hohen Besiedelungsdichte des Saarlandes unterscheidet sich der ländliche Raum im Saarland von vielen ländlichen Räumen in Deutschland. Bedingt durch die chaotische Regierungspolitik der Jamaika-Regierung sind wesentliche Aufgaben des Landes, die originär den ländlichen Raum betreffen, wie z.B. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Landesplanung und -entwicklung, Regionalentwicklung, auf verschiedene Ministerien und nachgeordnete Behörden bzw. Betriebe verteilt. Politik für den ländlichen Raum muss auf Landesebene aber aus einer Hand erfolgen. Die **Planungs-, Steuerungs- und Förderaufgaben** müssen **in einem Ressort gebündelt** werden. Das Gezerre um Fördermittel zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium muss beendet werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird mit allen AkteurInnen im ländlichen Raum gemeinsam ein **Leitbild für den ländlichen Raum** im Saarland entwerfen und umsetzen, das die Herausforderungen des demografischen Wandels berücksichtigt und der Bevölkerung eine positive Entwicklungsperspektive bietet.

Umwelt und Natur schützen

Naturschutz ist Zukunftsfürsorge für nachfolgende Generationen – von der Erhaltung der biologischen Vielfalt über den Klimaschutz bis zur Entwicklung des Erholungswertes von ursprünglicher Natur und Landschaft. 40 Jahre nach dem Bericht des ‚Club of Rome' über die Grenzen des Wachstums ist klar: der Einsatz für die natürlichen Lebengrundlagen Boden, Luft und Wasser mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt muss von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragen sein. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss in allen Schulformen durchgängiges Unterrichtsprinzip werden.

Die Vielfalt an unterschiedlichen Lebensraumtypen ist groß. Diese **Vielfalt an Biotopen und Arten** ist durch gezielte Programme und Maßnahmen zu schützen und zu fördern. Wir werden eine saarländische Strategie zur Förderung der **Biodiversität** in Anlehnung an die nationale Strategie erarbeiten und das saarländische **Naturschutzgesetz** den bundesgesetzlichen Vorgaben anpassen.

Die **Natura-2000**-Schutzgebiete sind nach nationalem Recht zu sichern, das Biosphärenreservat Bliesgau voranzubringen und mit Rheinland-Pfalz über einen möglicherweise grenzüberschreitenden Nationalpark Hunsrück zu sprechen, um Biodiversität regional zu sichern und erlebbar zu machen. Mit Hilfe des Vertragsnaturschutzes sollen die Landnutzenden für die rechtliche Sicherung der Gebiete gewonnen werden. Schutz- und Pflegemaßnahmen sind unter der Zuhilfenahme von EU-Fördermitteln zu finanzieren. Insgesamt wollen wir die Arbeit der Naturschutzbehörden durch **Bündelung von Zuständigkeiten** effizienter gestalten. Den unter der CDU-Landesregierung abgeschafften **Landesbeirat für Naturschutz** werden wir wieder einführen und in die Lage versetzen, unabhängig und selbstständig zu handeln.

Drei Viertel des saarländischen Waldes befinden sich im Eigentum von Land und Gemeinden. Damit machen schon die Eigentumsverhältnisse den saarländischen Wald zum **Bürgerwald**. Aber auch der Privatwald spielt für Wohlstand und Daseinsvorsorge eine bedeutende Rolle. Das Land hat den Privatwald zu unterstützen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, den Privatwald in diese Gemeinwohl-Funktion zu integrieren. Alle Funktionen des Waldes, die der **Holzproduktion**, dem **Schutz der**

Natur und der **Erholung des Menschen** dienen, sowie die Bedeutung des Waldes als **Klimaschützer und Filter für Luftschadstoffe** müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen und optimal wahrgenommen werden. Die Zielsetzungen des Naturschutzes und das Bedürfnis der Menschen, den Wald als Erholungsraum zu nutzen, sind zu entwickeln und zu fördern.

Dem **SaarForst-Landesbetrieb** kommt eine aktivierende Rolle und **Vorbildfunktion** zu. Die Arbeit des SaarForstes gilt es unter Wahrung der ökonomischen Zwänge einerseits und ökologischen bzw. sozialen Vorgaben andererseits in einer ehrlichen, an klaren Parametern orientierten Bilanz des Landesbetriebes abzubilden. Er ist entsprechend den zugewiesenen Aufgaben funktionsgerecht und praxisnah zu organisieren. Der **Versauerung des Bodens** ist auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse durch kompensatorische Waldkalkung entgegen zu wirken. Der SaarForst soll darüber hinaus die **Bildung zur nachhaltigen Entwicklung** befördern.

Tierschutz und Tiernutzung sind für uns kein Widerspruch. Es sind vielmehr zwei Seiten ein und derselben Medaille. Um die berechtigten Interessen der Tierschützer notfalls auch gerichtlich durchsetzen zu können, werden wir ein **verfassungskonformes Tierschutzverbandsklagerecht** auf den Weg bringen. Außerdem wollen wir zusammen mit den Verbänden und den Betroffenen eine **Qualitätsoffensive für tierschutzgerechte Nutztierhaltung** starten, damit die Zahl der Einzelfälle von Verstößen gegen den Schutz der Tiere weiterhin sinkt. Aber auch der **behördliche Tierschutz** muss in seiner praktischen Arbeit gestärkt werden. Hierzu wollen wir die oberste und die untere Tierschutzbehörde in einem Ministerium zusammenführen.

Ferner wollen wir neben dem bestehenden **„Runden Tisch Tierschutz"** einen **Tierschutzbeauftragten** sowie einen **Landesbeirat Tierschutz** berufen, um auch den ehrenamtlichen Tierschutz zu stärken.

Die SPD sieht in der **Jagd** einen wichtigen **Beitrag zum Natur- und Umweltschutz**. Die konfliktorientierte und ideologisch überladene **Jagdpolitik der Vergangenheit wollen wir überwinden** helfen. Pragmatismus und wissenschaftliche Erkenntnisse sollen die Entscheidungsbasis bilden. Nur so kann die gesellschaftliche Anerkennung der Jagd weiterhin gefördert werden. Hierzu zählen auch gesellschaftlich akzeptierte Regelungen zu sensiblen Themen wie der Verzicht auf Ausbildung an der lebenden Ente und Verbot des Haustierabschusses. Weitere Fragen des Jagdrechts werden wir im Dialog mit den Betroffenen auf eine rationale Ebene zurückführen. In einem umfassenden Ansatz von Wald, Wild und Feld sind Wildschäden durch gemeinsam erarbeitete Konzepte zu regulieren bzw. zu vermeiden.

SaarLandWirtschaft mit Zukunft

Die saarländische Landwirtschaft ist ein **Wirtschaftszweig mit großer Bedeutung** für unser Land. Sie produziert Lebensmittel und Futtermittel, schafft Arbeit und Wertschöpfung, erhält die Kulturlandschaft und trägt in wachsendem Maß zum Ausbau erneuerbarer Energien bei. Um dies wieder zielgerichtet und transparent zu unterstützen, werden wir alle Bereiche der Landwirtschaft in einem Ministerium konzentrieren.

Angesichts des wachsenden Wettbewerbsdrucks und der drohenden Fehlentwicklung zu einer weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft setzen wir auf den **Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft**, die Produktion gesunder und hoch qualitativer Lebensmittel, die Stärkung der Erzeugerseite auf den Märkten, beispielsweise durch Bündelung, und die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten.

Wir unterstützen den **Öko-Landbau** und werden das Saarland als **gentechnikfreie Anbauregion** verteidigen. Im Milchmarkt sollen im Krisenfall geeignete Instrumente der Mengensteuerung entwickelt werden. Mit Blick auf die neue Förderperiode und die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU wollen wir die **Direktzahlungen an LandwirtInnen** erhalten und stärker an **ökologische Zielsetzungen** knüpfen und die Investitionen der bäuerlichen Betriebe unterstützen sowie für Biolandwirte ein Qualitätssiegel einführen, um die Vermarktung zu stärken.

Eine SPD-Landesregierung wird die Leaderprojekte, die Biosphäre Bliesgau und den Naturpark SaarHunsrück weiterentwickeln, Anstöße zur Dorfentwicklung und zur Entwicklung des ländlichen Raums geben und fördern und die Agentur für den ländlichen Raum stärken.

Gerechte Bildung – Zukunftsfähige Hochschulen – Lebendige Kultur

Gerechte Bildungschancen für alle

Bildung ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe der Menschen. *Eine gute Bildung sichert den Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft einen Zugang zu einer selbstbestimmten Lebensführung.*

Alle Bildungsstudien belegen: In keinem anderen Bundesland ist der ***Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungschancen*** *so groß wie im Saarland. Armut entscheidet über die Chancen auf einen guten Schulabschluss. Ziel einer sozialdemokratischen Bildungspolitik ist es daher, junge Menschen unabhängig von ihrem sozialen Umfeld und ihren finanziellen Möglichkeiten auf ihrem individuellen Weg durch das Bildungssystem zu begleiten und zu fördern.*

Gute Bildung braucht Geld

Wir stehen im Saarland vor der Herausforderung rückläufiger Geburtenzahlen. Bis 2020 wird es starke Verschiebungen in der Altersstruktur geben. Bei den Jugendlichen unter 18 Jahren ist mit einem Rückgang um 30 Prozent zu rechnen. Die frei werdenden Ressourcen werden wir nutzen: **Klassen müssen kleiner, Krippenplätze ausgebaut, echte Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und Ganztagsschulen** ermöglicht werden. Wo Quantität zurück geht, muss Qualität einziehen.

Bei den Ausgaben pro SchülerIn liegt das Saarland im bundesweiten Vergleich auf dem hintersten Rang. Aber die **Bildung unserer Kinder muss uns mindestens genauso viel wert sein wie anderen Bundesländern**. Je EinwohnerIn investiert das Saarland 1.066 Euro und liegt damit weit unter dem bundesweiten Durchschnitt auf Platz 14. Bei den Ausgaben für öffentliche Schulen liegt das Saarland mit 4.600 Euro pro Schüler auf dem vorletzten Platz. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Landeshaushalt ist der niedrigste aller Bundesländer.

Sparmaßnahmen auf Kosten der Bildungschancen unserer Kinder sind mit uns nicht zu machen. Die Bildungsausgaben des Landes müssen in den kommenden Jahren stärker steigen als der Gesamtetat. Die SPD wird auf diesem Weg schrittweise die Ausgaben pro SchülerIn an das bundesweite Niveau heranführen. Bis 2020 werden wir **30 Prozent der Gesamtausgaben des Landeshaushaltes in gute Bildung** investieren. Diese Quote wollen wir in der saarländischen Verfassung festschreiben. Parallel dazu werden wir über eine Bundesratsinitiative die **Streichung des Kooperationsverbotes** im Grundgesetz einfordern, um zusätzliche Investitionen in die Köpfe unserer Kinder auch durch den Bund zu ermöglichen.

An jedem Übergang im Bildungssystem bleiben Kinder und Jugendliche auf der Strecke. Von der frühkindlichen Bildung und Betreuung über den Weg durch die Grundschule zur weiterführenden Schule bis zum berufsqualifizierenden Abschluss oder dem Studium wird sozialdemokratische Politik junge Menschen in ihren Stärken fördern. Wir werden die Übergänge zwischen Kindergarten und Grundschule, Grundschule und weiterführender Schule, den Übergang ins Ausbildungssystem und auch ins Studium auswerten und gemeinsam mit den „BildungsmacherInnen“ im Saarland Maßnahmen zur **Überwindung der Hürden** besprechen und umsetzen.

Gute Bildung braucht Beteiligung und Engagement

Auch die finanziell bestausgestattete Schule wird ihre Ziele verfehlen, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen: Ohne das aktive **Engagement aller Beteiligten**, ohne den Spaß an und den Willen zu guter Bildung kann und wird Schule nicht gelingen. Wir brauchen motivierte Schülerinnen und Schüler, engagierte Eltern und Lehrerinnen und Lehrer, die Freude und Erfüllung in ihrem Beruf finden.

Die erste und wichtigste Voraussetzung dafür ist, selbstverantwortlich handeln und gestalten zu können, anstatt zur ausführenden Instanz der bildungspolitischen Vorstellungen einer Regierung degradiert zu werden. Wir werden alle weiteren Veränderungen im respektvollen **Dialog** mit den Bildungsbeteiligten angehen, die Mitwirkungsmöglichkeiten und -rechte der „BildungsmacherInnen“ des Landes stärken und die Rahmenbedingungen verbessern.

Das Netz an Angeboten zur **Schulsozialarbeit** und SchoolworkerInnen im Saarland ist im Rahmen der Leistungen der Landkreise vielfältig. Schulsozialarbeit ist die **Nahtstelle zwischen Schule und Jugendhilfe**. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention und bringt neue Sichtweisen in den Schulalltag ein. Soziale Arbeit, Jugendhilfe und Schulen gehören zusammen – in allen Schulformen. Dieser

Gedanke muss sich in den schulgesetzlichen Regelungen widerspiegeln und bedarf einer **Rückgliederung der Kinder- und Jugendhilfe ins Bildungsministerium**.

Nach wie vor gibt es im Saarland zu viel **Unterrichtsausfall**. Dieser Entwicklung muss endlich entschieden entgegen getreten werden. Die beruflichen Schulen leiden in besonderem Maße unter strukturellem Unterrichtsausfall. Es fehlt an Nachwuchslehrkräften.

Die Absenkung der Eingangsbesoldung hat den Abwanderungswillen junger Lehrkräfte in andere Bundesländer verstärkt. In Zukunft müssen sich bildungspolitische Entscheidungen auch daran messen lassen, welche Auswirkungen sie auf den LehrerInnennachwuchs haben. Wir werden deshalb die **Attraktivität des LehrerInnenberufes** im Saarland erhöhen. In einem ersten Schritt werden wir die im letzten Jahr eingestellten Berufsschullehrerinnen und -lehrer auf das Besoldungsniveau ihrer in diesem Jahr eingestellten Kolleginnen und Kollegen anheben. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung streben wir darüber hinaus an, die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter an das bundesweite Niveau heranzuführen.

Entscheidend ist allerdings, dass JunglehrerInnen eine **berufliche und private Perspektive** für sich und ihre Familie bekommen, auf die sie sich auch verlassen können. Dazu gehören **sichere Arbeitsplätze** und **gute Aufstiegschancen** in einem attraktiven Arbeitsumfeld. Dies werden wir mit den Personalräten, Verbänden und Gewerkschaften diskutieren und umsetzen.

Gute Bildung braucht Zeit

Neben der demografischen Entwicklung verändern auch gesellschaftliche Ansprüche an Bildung und Betreuung die Herausforderungen an unser Bildungssystem. Gute Bildung braucht Zeit und Eltern brauchen eine gute Betreuung ihrer Kinder, um **Familie und Beruf vereinbaren** zu können. Derzeit sind aber lediglich 2,6 Prozent der saarländischen Regelschulen Ganztagsschulen mit einem verzahnten Vor- und Nachmittagsangebot. Das bisher praktizierte Modell der sogenannten „freiwilligen" Ganztagsschule hat sich nicht bewährt. Eltern, die ein langes Betreuungsangebot wünschen, müssen dafür bezahlen. Nicht ohne Grund wählt immer noch ein Drittel der Eltern das kürzere, beitragsfreie Betreuungsangebot für seine Kinder. Mit einem Ganztagsschulprogramm der SPD wird der Schwerpunkt von der reinen Betreuung auf gute und umfassende Bildung gelegt.

Nach der Regierungsübernahme wird die SPD einen Stufenplan für den **Ausbau gebundener Ganztagsangebote** aufstellen. Förderung der Ganztagsschulentwicklung wird zukünftig ein Hauptbaustein der Schulentwicklungsplanung des Landes in Zusammenarbeit mit den SchulträgerInnen, also den Städten und Gemeinden, den Landkreisen und dem Regionalverband sein müssen. Ziel ist ein **flächendeckendes wohnortnahes Angebot**, das **echte Wahlfreiheit** für Eltern und ihre Kinder ermöglicht. In einer ersten Ausbauphase sollen bis zum Schuljahr 2014/15 in jedem Landkreis eine gebundene Ganztagsschule im weiterführenden Bereich und wohnortnahe Ganztagsangebote im Grundschulbereich eingerichtet werden. Bis 2020/2021 wollen wir die echte Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und Ganztagsschulen erreichen.

Elternbeteiligung stärken

Wir wollen die Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus stärken und die Eltern einladen, an der Entwicklung von Schulangeboten und der Gestaltung des Arbeits- und Lernalltags mitzuwirken. Unser Anliegen ist, bildungsferne Elternhäuser und Familien mit Migrationshintergrund verstärkt zu erreichen und zu beteiligen. Beratungs-, Hilfs- und Bildungsangebote können Eltern aktivieren und befähigen, verantwortungsbewusst und selbstbestimmt die Bildungswege ihrer Kinder zu begleiten. Eine stärkere Kopplung dieser Angebote an die Einrichtungen und deren Öffnung für Eltern und Nachbarschaft erleichtert einen nachhaltigen Beziehungs- und Netzwerkaufbau zu und mit den Eltern.

Inklusive Bildung heißt Bildung für alle ohne Diskriminierung

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert die Staatengemeinschaft dazu auf, die gesetzlichen Grundlagen und angemessenen Vorkehrungen im Bildungssystem zu treffen, die allen Kindern umfassende Bildungsteilhabe ermöglichen. In den Fokus dürfen daher nicht ausschließlich Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf rücken. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das gemeinsame Lernen und Aufwachsen von Kindern mit und ohne Behinderungen, mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne soziale Benachteiligungen von Anfang an die Grundvoraussetzung für den **Wandel zu einer inklusiven Gesellschaft**. Im Saarland besteht hier noch Nachholbedarf.

Nicht die Kinder müssen sich dem Bildungssystem anpassen, sondern die Einrichtungen den Kindern. Wir müssen allen Kindern unabhängig von ihrem Förderbedarf die **gleichen Zugangschancen zu allen Schulabschlüssen** ermöglichen.

Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen aller Bildungseinrichtungen im Saarland muss auf Inklusion ausgerichtet werden. Um inklusive Schulen umzusetzen, brauchen alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen eine ausreichende Zuweisung von (sonder)pädagogischem Fachpersonal, LehrerInnen, IntegrationshelferInnen sowie Unterstützung aus der Jugendhilfe.

Alle Kindertageseinrichtungen müssen sich im Saarland zu inklusiven Einrichtungen entwickeln. Im Rahmen des saarländischen Bildungsprogramm für Kitas kann diese Umsetzung gelingen. Die Kürzungen im Bereich der Arbeitsstellen für Integrationspädagogik werden wir zurück nehmen.

Eltern haben inzwischen auch im Saarland formal die Wahl zwischen Förderschulen und Regelschulen. In der Realität wird die **Entscheidung der Eltern** aber von vielen Unsicherheiten begleitet: Wie wird es meinem Kind in der Regelschule ergehen? Ist die Schule darauf vorbereitet? Genießt mein Kind auch in entsprechend größeren Klassen eine auf seine Bedürfnisse ausgerichtete Förderung? Diese Fragen werden oft nur unzureichend beantwortet, worauf Eltern sich für den Besuch ihres Kindes auf einer Förderschule entscheiden.

Der gesetzliche **Finanzierungsvorbehalt** bei der Entscheidung für oder gegen eine inklusive Beschulung muss aufgehoben werden. Klassen, in denen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden, brauchen einen **bessere Personalisierung** und **kleinere Lerngruppen.** Das derzeit im Saarland praktizierte System der IntegrationshelferInnen werden wir inhaltlich neu ausgestalten. Ihre Tätigkeiten können nicht ausschließlich durch angelernte Kräfte durchgeführt werden. Deshalb müssen die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich verbessert werden. Eine Reform muss sicherstellen, dass **kein Kind vom Unterricht ausgeschlossen** wird. Wir wollen einen **Rechtsanspruch auf Regelbeschulung gesetzlich verankern** und eine unabhängige Stelle schaffen, die Eltern bei Fragen der Ein- und Umschulung ihrer Kinder berät.

Auch die Förderschulen müssen und wollen ihren Rückschulungsauftrag ernst nehmen. Förderschulen und örtliche Regelschulen müssen stärker zusammenarbeiten. Alle Schulformen müssen sich aufeinander zu bewegen.

In einem langfristigen Szenario wollen wir den Umbau der Förderschulen **in sonderpädagogische Kompetenzzentren** beschreiben. Deren Hauptaufgabe soll die Fortbildung des pädagogischen Personals und die Beratung der Regelschulen bei der Umsetzung der Inklusion sein.

Gute Startvoraussetzungen für unsere Kleinsten

Der **Ausbau der Krippenplätze** geht nur langsam voran. Nach wie vor stehen viele Eltern vor dem Problem, keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder zu bekommen. Derzeit werden im Saarland 20,3 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen bei Tagespflegepersonen betreut. Das Ziel, im Jahr 2013 den Rechtsanspruch zu gewährleisten, ist noch nicht erreicht.

Die größte Herausforderung wird dabei sein, den **drohenden Fachkräftemangel** zu bewältigen. Diesem entgegenzuwirken und dauerhaft gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte für unsere Kleinsten zu bekommen, wird eine wichtige Aufgabe des nächsten Jahrzehntes sein. Wir werden deshalb alles daran setzen müssen, dieses wunderbare und zukunftssichere, aber eben auch anstrengende und verantwortungsvolle Berufsfeld für junge Männer und Frauen interessant zu machen. Dazu müssen wir die Ausbildungswege erweitern und öffnen, die gesellschaftliche Anerkennung erhöhen und die Arbeitsbedingungen attraktiver gestalten. Wir werden gemeinsam mit den Ausbildungsstellen und Einrichtungsträgern prüfen, welcher Bedarf an pädagogischen Fachkräften besteht. Auf dieser Basis werden wir ein Programm **„Fachkräftesicherung 2020“** in sozial- und inklusionspädagogischen Berufsfeldern auf den Weg bringen.

Mit der SPD wird die **Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur** im Saarland an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder ausgerichtet. Unter dem Dach von **Eltern-Kind-Zentren** wollen wir Betreuung, Beratung, Weiterbildung und verlässliche Hilfen für den Alltag unter einem Dach zusammenfassen. Langfristiges Ziel ist es, eine regional gut erreichbare Anlaufstelle für alle Fragen rund um die familiäre Hilfe zu schaffen.

Wir fördern den Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren. Auch die Kindergartenplätze verlieren wir nicht aus dem Blick. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit den Trägern der Einrichtungen setzen wir uns für die **qualitative Verbesserung von Kindergartenplätzen** ein. Neben den baulichen Aspekten nehmen wir auch die Betreuungsrelation in den Kindergartengruppen, die frühen Hilfen und die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher in den Blick. Individuelle Förderung kann nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wo es der Förderbedarf der Kinder notwendig macht, werden wir die Teilung von Gruppen zulassen.

Kitas müssen bezahlbar bleiben. Die derzeit bestehende **einkommensabhängige Staffelung** der Beiträge im letzten Kindergartenjahr wollen wir auf die gesamte frühkindliche Betreuung ausweiten. Ziel ist es, die regional stark schwankenden Kindergartenbeiträge auf ein gleiches Niveau heranzuführen. Die Dicke des **Geldbeutels der Eltern darf nicht über die Qualität der Betreuung ihrer Kinder entscheiden**. Den Weg in eine kostenfreie frühkindliche Bildung verlieren wir nicht aus dem Blick. Das wird das Saarland allerdings auf absehbare Zeit nicht ohne die Hilfe des Bundes schaffen.

Die **Sprachförderung beginnt bei den Kleinsten**. Eine Sprache sprechen und verstehen zu können, schafft den Zugang zu gesellschaftlicher Anerkennung. Gemeinsam mit unseren französischen NachbarInnen wollen wir Modelle einer Sprachförderung in Deutsch, Französisch und der jeweiligen nicht-deutschen Muttersprache der Kinder auf den Weg bringen. Wir werden neben den bereits bestehenden, regional gebundenen Angeboten an Sprachförderung in Türkisch und Italienisch auch weitere Sprachen fördern.

Grundschulen – auch klein ganz groß

Die **Grundschulschließungswelle**, der die CDU das Saarland in unverantwortlicher Weise unterzogen hat, haben viele Eltern und LehrerInnen noch nicht vergessen. Dieser beispiellose **Bildungskahlschlag** wurde durch die Änderung des Schulordnungsgesetzes vollzogen. Nach wie vor schreibt dieses die Zweizügigkeit der Grundschulen vor. Die SPD wird nach der Regierungsübernahme dieses Kriterium sofort streichen. Aus unserer Sicht ist ein geordneter Schulbetrieb möglich, wenn **mindestens 60 Schülerinnen und Schüler** eine Grundschule besuchen. Schulen, die diese Zahl nicht erreichen, erhalten die Möglichkeit, jahrgangsübergreifend zu arbeiten und Kombi-Klassen zu bilden.

Die zurückgehenden Schülerzahlen müssen wir dazu nutzen, **kleinere Klassen** einzurichten. Studien belegen, dass sich die Klassengröße signifikant auf das Verhältnis zwischen LehrerInnen und SchülerInnen auswirkt. Auch der Einsatz sozialer Lernformen und methodischer Varianten wird durch kleine Klassen erleichtert. Wir wollen daher eine rechtsverbindliche **Absenkung des Klassenteilers auf 22** an Grundschulen erreichen. Es bleibt bei unserem Grundsatz: **Kurze Beine, kurze Wege – kleine Menschen, kleine Klassen.**

Zwei gleichwertige Wege zum Schulerfolg

Wir haben als SPD aus guten Gründen einer Verfassungsänderung zur **Einführung der Gemeinschaftsschule** nicht zugestimmt: Zu vieles blieb ungeklärt. Wir wollten Klarheit über die künftigen Standorte, ein gleichberechtigtes Nebeneinander zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule und **echte Qualitätsverbesserungen im Bildungssystem** statt reiner Strukturdebatten. Wir wollten kleine Lerngruppen durchsetzen und verbindliche Vereinbarungen im Hinblick auf die **Gleichwertigkeit der beiden Säulen** treffen, um die Chancen der Gemeinschaftsschule zu verbessern. Nach der Landtagswahl wird eine SPD-Regierung die Gleichwertigkeit der beiden Schulformen durchsetzen.

Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer brauchen **Ruhe im System**. **Daher wird mit der SPD weder das Gymnasium abgeschafft, noch die Gemeinschaftsschule rückgängig gemacht.** Wir werden dafür sorgen, dass unsere Kinder auf beiden Wegen die Chance haben, den **bestmöglichen allgemeinbildenden Schulabschluss** bis zum Abitur zu erlangen, an der Gemeinschaftsschule in der Regel nach insgesamt 13, am Gymnasium nach 12 Schuljahren. Um die Gleichwertigkeit der Gemeinschaftsschule zu sichern und die Unterrichtung an den dazugehörenden Oberstufen vorzubereiten, werden an allen Gemeinschaftsschulen auch Lehrkräfte mit der Fakultas für die Oberstufe unterrichten.

Wir werden die **Lerngruppen in den weiterführenden Schulen verkleinern**. Wir werden in der **Gemeinschaftsschule** in den **Klassenstufen 5 und 6 eine Klassengröße von 25**, in den **Klassenstufen 7 bis 10 von 27** Schülerinnen und Schülern zur Basis für die Personalzuweisung an den Schulen machen. Auch an den **Gymnasien** soll es **keine Klassen mehr über 27** Schülern geben. Während der Einfüh-

rungsphase bis 2014/15 werden wir den Gemeinschaftsschulen vier **Deputatstunden** pro 5. und 6. Klassenstufe an jedem Standort zuweisen, um die Schulen in die Lage zu versetzen, das pädagogische Konzept zu entwickeln und die neue Schulform mit Leben zu erfüllen.

Um langfristig **Schulstandorte** zu sichern, werden wir zur Voraussetzung machen, dass eine Schule dann Bestand hat, wenn **mindestens 200 Schülerinnen und Schüler von Klassenstufe 5 bis 9** die Schule besuchen.

Gleiche Klasse, gleiche Arbeit, unterschiedliche Bezahlung: Das ist auch heute die Realität an saarländischen Schulen. Abhängig von ihrer Ausbildung werden die Lehrkräfte unterschiedlich besoldet. Im Alltag verrichten sie in ihrem Kollegium aber die gleiche Arbeit. Wir werden eine Bestandsaufnahme dieser Ungleichbehandlung vornehmen. In einem Stufenplan werden wir die **Besoldungsstruktur im Sinne gleichen Lohns für gleiche Arbeit anpassen**. Um für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gleiche Arbeitsbedingungen zu schaffen, werden wir auch die Struktur der **Funktionsstellen** angleichen.

Die SPD wird die Gymnasien in dem Bemühen unterstützen, die Erfolgschancen ihrer Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Nach wie vor verlassen zu viele Schülerinnen und Schüler vorzeitig das Gymnasium. Schulen sind in der Verantwortung, ihre Schülerinnen und Schüler zu einem Abschluss zu führen.

Selbstständigkeit und Qualität der Schulen stärken

Die Schulqualität und damit auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängen in hohem Maße vom Können und Engagement der LehrerInnen ab. Dieser Beruf bringt große Belastungen mit sich. Um unsere LehrerInnen bei dieser anspruchsvollen Aufgabe zu unterstützen, wollen wir ihre Fortbildung in besonderer Weise fördern. Alle Schulen, die eine bessere individuelle Förderung ihrer SchülerInnen anstreben, werden von uns unterstützt und begleitet. Eine konsequente Fortbildungsplanung wird den Schulen erleichtern, diesen Weg zu gehen. Die Erfahrungen im Rahmen des Modellprojektes **„Selbstständige Schule“** werden wir allen Schulen nutzbar machen. Besonderes Gewicht wird dabei die Öffnung der Schulen als Teil des Gemeinwesens vor Ort bekommen.

Nachteile, die einzelne Schulen aufgrund ihres Standorts und ihres gesellschaftlichen Umfelds haben, müssen ausgeglichen werden. Diesen Schulen werden wir größere Spielräume bei der Umsetzung von Stundentafeln und Lehrplänen geben und ihre besondere Situation bei der Zuweisung von Lehrpersonal berücksichtigen.

Die Vision einer **mehrsprachigen Gesellschaft** bleibt unser Ziel. Wir halten an der **besonderen Bedeutung des Französischen**, der Sprache unseres Nachbarn, in den weiterführenden Schulen des Saarlandes fest. Das derzeitige **Fremdsprachenkonzept** muss gemeinsam mit den Beteiligten offen diskutiert, evaluiert und gegebenenfalls behutsam überarbeitet werden. Wir werden das Erlernen des Französischen bei flexibler Wahlmöglichkeit weiterer Fremdsprachen für unsere Kinder, für die Schulen, aber auch in Hinblick auf die Elternwahl attraktiver machen, indem wir auch kleine Klassen für Französisch zulassen, Lehrpläne stärker auf mündliche Kommunikation ausrichten, den deutsch-französischen Schüleraustausch nachhaltig unterstützen und mit allen KooperationspartnerInnen in der Großregion, insbesondere dem Département Moselle, stärker zusammenarbeiten werden

Garantie für Schulabschluss und Ausbildung

Von 2.400 Schülerinnen und Schülern, die mit Hauptschulabschluss die Schule beenden, finden derzeit nur 390 direkt einen Ausbildungsplatz. Das sind lediglich sechzehn Prozent. Das zeigt: ein **guter Hauptschulabschluss** ist längst **keine Garantie** mehr **für einen guten Ausbildungsplatz**. Immer noch verlassen sechs Prozent der SchülerInnen eines Jahrgangs die Schule sogar ohne Hauptschulabschluss.

Allgemeinbildende Schulen müssen zukünftig am Ende der Schulzeit begründen, warum sie SchülerInnen ohne Hauptschul- oder mittleren Bildungsabschluss entlassen. Ein **Förderkomitee** unter Beteiligung der Eltern, Lehrkräfte und der Schulsozialarbeit soll bereits im Verlauf des achten Schuljahres Maßnahmen ergreifen, um das Verlassen ohne Hauptschulabschluss zu verhindern.

Beim Übergang von der Schule ins Berufsleben landen viele in sinnlosen **Warteschleifen**. Junge Menschen, die lediglich aufgrund fehlender Angebote keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, brauchen weder eine Einstiegsqualifizierung noch berufsvorbereitende Maßnahmen. Wir

werden alles daran setzen, diese Jugendlichen bei der Aufnahme einer dualen Ausbildung zu unterstützen. Im Falle schulischer Schwierigkeiten werden wir weder die Auszubildenden aus kleinen Betrieben noch ihre Betriebe allein lassen, sondern mit geeigneten Unterstützungsmaßnahmen einen erfolgreichen Abschluss der Ausbildung und die Überwindung der zweite Schwelle hin zu einer regulären qualifizierten Beschäftigung sicherstellen.

Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung

Die berufliche Bildung hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir wollen **echte Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung** und dazu die Durchlässigkeit und Anrechnungsansprüche innerhalb der berufsbildenden Schulen verbessern. Die Koalition aus CDU, FDP und Grünen hatte es abgelehnt, im Rahmen der Gespräche zur Einführung des sog. Zwei-Säulen-Modells auch die beruflichen Schulen und Oberstufengymnasien zum Gegenstand zu machen. Dabei kann nicht übersehen werden, dass diese erheblich von den Auswirkungen der Schulstrukturreform betroffen sein werden. Wir werden dies unmittelbar nachholen.

Die beruflichen Schulen sollen erhalten bleiben und in die Lage versetzt werden, ihre eigentlichen Aufgaben wirksam erfüllen zu können. Wir werden den immerhin begonnenen **Abbau des bestehenden Unterrichtsausfalls**, der personellen und der strukturellen Verstärkung des beruflichen Schulwesens konsequent fortsetzen. Die **beruflichen Vollzeitschulen** bedürfen grundlegender Reformen im pädagogischen und didaktischen Bereich und guter Ganztagsangebote, um die **hohen Abbrecher- und Wiederholeranteile** dauerhaft zu **vermindern.** Wir werden den beruflichen Praxisbezug ausweiten durch eine **stärkere Vernetzung der Schule mit den Betrieben**. Die Berufsfachschulen werden früher und stärker mit den allgemeinbildenden Schulen verzahnt.

Wir werden die **Fachoberschule** um eine einjährige Aufbaustufe bis zum Abitur ergänzen, um mehr Schülerinnen und Schülern die Chance auf eine allgemeine Hochschulreife zu eröffnen und den Unterrichtsanteil in Jahrgangsstufe 11 ausweiten. Wir werden die Einführung zweijähriger Höherer Berufsfachschulen für einzelne Berufsfelder prüfen, die neben einer breiten Allgemeinbildung im jeweiligen Berufsfeld eine vertiefte, auf die Berufsausbildung anrechenbare Berufspraxis vermitteln und den Erwerb der Fachhochschulreife ermöglichen. Die **Berufsbildungszentren** wollen wir zu regionalen Berufskompetenzzentren weiterentwickeln.

Weiterbildung: die vierte Säule des Bildungssystems

Wir brauchen im Saarland einen **„Weiterbildungspakt 2020“**, der die Teilnahmequote in der beruflichen, politischen und allgemeinen Weiterbildung signifikant erhöht. In und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise gewinnt die Weiterbildung im Kampf gegen Arbeitslosigkeit weiter an Bedeutung. Ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg ist die Änderung des Saarländischen **Bildungsfreistellungsgesetzes** durch **Erhöhung der Freistellungstage von drei auf fünf Tage** und die **Abschaffung der Anrechnung eigener Urlaubstage**, um die Bereitschaft zur beruflichen und allgemeinen Weiterbildung anzuheben – so, wie es vor der Gesetzesänderung durch die CDU war.

Die Weiterbildungsträger müssen gerade gering Qualifizierten niedrigschwellige Angebote machen können. Inklusion muss auch in der Erwachsenenbildung Einzug halten. Das bedeutet, dass die Angebote für Menschen mit Behinderung barrierefrei gestaltet werden müssen. Für ältere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund müssen zielgruppenspezifische Konzepte ausgebaut werden. Die bisherigen Landesprogramme zur Weiterbildung und Qualifizierung werden wir im Hinblick auf die Teilnahmequote evaluieren. Auch Weiterbildung bedarf des aktiven Engagements aller Beteiligten. Ohne den Spaß an und den Willen zu guter Bildung kann und wird Weiterbildung nicht gelingen. Wir brauchen motivierte Teilnehmende, engagierte Weiterbildnerinnen und Weiterbildner, die Freude und Erfüllung in ihrem Beruf finden.

Die staatlich anerkannten **Träger der Weiterbildung**, die saarländischen Volkshochschulen und die kirchliche Erwachsenenbildung, aber auch die Weiterbildungsangebote der Arbeitskammer und sonstiger Einrichtungen brauchen **langfristige Finanzierungssicherheit**. Ein weiteres Ausweichen auf private Finanzierungswege, beispielsweise durch eine Anhebung der Teilnahmebeiträge, kann so verhindert werden.

Zukunftsfähige Hochschulen für eine gute Lehre

*Der Bund und das Saarland müssen ihrer **Verpflichtung im Hochschulpakt** vollumfänglich nachkommen. Ohne zusätzliche Unterstützung vom Bund wird das Saarland nicht auskommen. Deshalb muss*

*das **Kooperationsverbot** im Grundgesetz rückgängig gemacht werden. Die Anzahl der über den Hochschulpakt zu schaffenden zusätzlichen Studienplätze muss erhöht und die Dauer des Hochschulpaktes bis 2020 verlängert werden. Nicht alles Wünschbare wird in Zukunft noch machbar, nicht alles Bestehende zu erhalten sein. Eine Prioritätensetzung ist deshalb notwendiger denn je.*

Durch doppelte Abiturjahrgänge und die Abschaffung der Wehrpflicht, aber auch dauerhaft durch die gewachsene Studierbereitschaft steigt die **Zahl der StudienanfängerInnen** auch im Saarland stark an. Der Ausbau der Studienplätze wäre eine sinnvolle Antwort darauf. Das Saarland ist aus eigener Kraft aber nicht in der Lage, diesen Ausbau zu stemmen. Der Hochschulpakt muss bis in das Jahr 2020 verlängert werden, um zusätzliche Studienplätze zu schaffen.

Die SPD lehnt die Erhebung von Studiengebühren ab. Mit uns wird es auch keine Gebühren für das Zweitstudium mehr geben. Hier werden allzu oft Menschen von einem weiteren Studium abgeschreckt, das sie zur beruflichen Neuorientierung brauchen. Dieses „Nein" bedeutet auch, dass die **Hochschulen des Saarlandes ausreichend finanziert** werden müssen. Deshalb wird die SPD dafür sorgen, dass der Globalhaushalt der Universität des Saarlandes, der Hochschule der Bildenden Künste und der Hochschule für Musik mit einem angemessenen Inflationsausgleich verstetigt, der Globalhaushalt der Hochschule für Technik und Wirtschaft angesichts der dort zu erwartenden erheblich steigenden Studierendenzahlen verstärkt und die Kompensationsmittel dauerhaft abgesichert werden.

Nach der Regierungsübernahme werden wir die **Erstellung des Hochschulentwicklungsplans** unmittelbar in Angriff nehmen und bis Ende 2012 abschließen. In einer gemeinsamen **Arbeitsgruppe „Bildungs- und Hochschulkooperation"** wollen wir mit Rheinland-Pfalz ausloten, wie eine länderübergreifende Hochschulentwicklung zum Nutzen aller vorangetrieben werden kann. Darüber hinaus ist eine abgestimmte Hochschulentwicklungsplanung in der Großregion wünschenswert, um die europäische Kompetenz des gesamten SaarLorLux-Raumes auszubauen, die Mobilität unserer Studierenden zu erhöhen und Synergien zu nutzen.

Die **Profilbildung unserer Hochschulen** muss weitergeführt und die Aufgabenverteilung zwischen Universität und Fachhochschulen endlich ernsthaft zum Thema gemacht werden: Wir wollen Kooperationen zwischen der Universität und den Fachhochschulen ausbauen, um die Mittel insbesondere auch für eine **Verbesserung der Lehre** einsetzen zu können. Die Zusammenführung der Hochschulgesetze werden wir prüfen.

Die Zusammenarbeit der Universitäten und Hochschulen in der Großregion muss auch darauf hin ausgerichtet werden, eine sinnvolle Arbeitsteilung zum Nutzen aller zu organisieren. Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zum **Erhalt einer Volluniversität**. Plänen einer Abschaffung oder drastischen Reduzierung der **Medizinischen Fakultät** oder der **Rechtswissenschaften** erteilen wir eine unmissverständliche Absage.

Die **LehrerInnen-Ausbildung** werden wir auf das **Bachelor- und Mastersystem** umstellen. Gerade in der LehrerInnenbildung wollen wir mit Rheinland-Pfalz und auch Luxemburg besprechen, welche Kooperationen möglich und sinnvoll sind. Wir werden deshalb zunächst die geplante **Einführung der Grund- und Hauptschullehrerausbildung um ein Jahr verschieben**.

Die Möglichkeiten der **studentischen Mitbestimmung** an unseren Hochschulen sind in den vergangenen Jahren faktisch zurückgegangen, sei es durch organisatorische Reformen (Universitätsrat) oder zunehmenden Leistungsdruck. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb einen offenen Dialog mit den Studierenden, Lehrenden und weiteren Beschäftigten der Hochschulen initiieren, um die Hochschulen wieder stärker zu demokratisieren, die Frauenförderung zu verstärken und die Mitbestimmung insbesondere der Studierenden auch in Leitungsgremien der Hochschulen auszubauen.

Bei der notwendigen **Finanzierung der Hochschulbaumaßnahmen**, insbesondere an der HTW und am Campus Homburg, werden wir zuallererst Transparenz herstellen und eine solide Planung auf den Weg bringen. Die diskutierte Schließung des Wohnheims D zeigt, dass es in Saarbrücken und Umgebung an **bezahlbarem Wohnraum** fehlt. Wir haben bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass dringender Sanierungsbedarf nicht nur am Wohnheim D besteht. CDU, FDP und Grüne haben unseren Antrag auf Bereitstellung zusätzlicher Gelder für diesen Zweck allerdings bei den Haushaltsberatungen abgelehnt. Das Wohnheim D muss saniert oder auf dem Campus neu gebaut werden.

Kurzfristig müssen Ersatzwohnungen bereit gestellt werden, ohne dass Studierende zusätzlich finanziell belastet werden.

Mut zur lebendigen Kultur

Kultur macht ein Land erst lebendig. *Sie befördert Dialog und Toleranz. Sozialdemokratische Kulturpolitik zeichnet sich durch* ***Mut zum Experimentellen, Innovativen, Sperrigen und Widerspenstigen*** *ebenso aus wie durch die* ***Wertschätzung bestehender und verwurzelter Projekte, Institutionen und Kulturverbände****. Kulturelle Spitzen- und Breitenförderung stehen gleichberechtigt nebeneinander.*

Kulturarbeit ist für uns auch Bildungsarbeit. *Allen Menschen in unserem Land muss die* ***kulturelle Teilhabe*** *möglich sein – im Erleben wie im Schaffen. Kulturpolitik ist für uns Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Finanzierung der kulturellen Aktivitäten des Landes werden wir darum dauerhaft absichern.*

Nach dem Jahr 2012 – dem Jahr der Schließung des Bergwerks Saar – muss die **Industriegeschichte**, die Geschichte des Bergbaus und der Bergleute, der Saarhütten und Hüttenarbeiter, die eng verbunden mit der Kultur und Tradition unseres Landes und die **Wurzel unserer saarländischen Identität** ist, einen inhaltlichen Schwerpunkt bilden. Kohle und Stahl haben bis heute zur wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung unseres Landes beigetragen. Dieses Erbe werden wir bewahren. Dazu werden wir die Industriekultur neu aufstellen und ein neues Konzept aus einem Guss erarbeiten.

Neben der Industriekultur prägt auch die geografische Lage den kulturellen Erfahrungshintergrund des Saarlands und der Großregion. Eingebettet in den **SaarLorLux-Raum** bietet das Saarland viele kulturelle Angebote. Das **„Max-Ophüls-Festival“** und die **„Perspectives du théâtre“** bieten ebenso eine Plattform für neue Denk- und Darstellungsformen wie die **Musikfestivals** und das Internationale Tanzfestival **‚n.o.w. dance saar'.** Das Saarländische **Staatstheater**, die **Deutsche Radiophilharmonie** und das **Staatsorchester** strahlen weit über die Landesgrenzen hinaus. Diese Leuchttürme werden wir nutzen, um unser Land wieder in ein besseres Licht zu rücken.

Auch die vielfältige Amateurkulturszene darf in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden. Die Arbeit der vielen Orchester, Chöre und Theatergruppen transportiert Kultur in die Breite und ermöglicht vielen MitbürgerInnen einen einfachen Zugang zur Kultur. Deshalb wollen wir auch den im Kulturförderungsgesetz geregelten Anteil der Breitenkultur am Umsatz der Saarland Sporttoto neu diskutieren.

Lesekultur, Bibliotheken und Mediatheken legen vielfach den Grundstein für **kulturelle Bildung und gesellschaftliche Teilhabe** und bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und Förderung.

Denkmalschutz ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in erster Linie eine **kulturelle Aufgabe**. Die SPD wird sich daher für eine **Novellierung des Denkmalschutzgesetzes** stark machen, das **Vier-Augen-Prinzip** wieder einführen und eine Struktur schaffen, in der Entscheidungen transparent, mit frühzeitiger Beteiligung und ohne Willkür fallen. Transparenz und Partizipation versprechen wir auch bei der kritischen Auseinandersetzung mit dem katastrophalen Missmanagement beim IV. Pavillon des Saarlandmuseums – hier muss es eine schonungslose Aufarbeitung geben. Wie die **Kulturmeile** vom **Staatstheater** über die **Hochschule für Musik** bis hin zum **Saarlandmuseum** künftig architektonisch aufgestellt sein wird, muss ebenso Gegenstand öffentlicher Diskussion sein. Gleiches gilt für das Projekt „Stadtmitte am Fluss“, von dem sich das Saarland auch unter kulturpolitischen Gesichtspunkten eine deutliche Aufwertung versprechen darf.

Neben Großprojekten müssen auch **kleine Initiativen** ihren Entfaltungsraum haben – die Förderung von Initiativen der Studierenden an der **Hochschule für Musik** und der **Hochschule für bildende Künste** ist ein Teil davon. Die **Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung** leistet ebenso einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Musikszene wie die Vielzahl autonomer Musikprojekte. Gerade in der **musisch-kulturellen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen** – vielfach eingebunden in ehrenamtliche Netzwerke – wird der Grundstein für das Interesse an Kultur gelegt. **Jugendkultur** ist dabei mehr als kommerzielle Festivals – es braucht dazu auch den notwendigen Raum. Im Dialog mit den Kommunen wollen wir das auch wieder in Erinnerung rufen. Gerade in den Ganztagsschulen muss das kulturelle Angebot verbessert und Kultur zum selbstverständlichen Bestandteil einer ganzheitlichen Bildung werden.

Demokratie braucht Medienvielfalt und Freiheit im Netz

Der Erhalt der Eigenständigkeit des Saarlandes hängt auch von einer ***umfassenden Information über das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben*** *in unserem Land ab – auf allen Übertragungswegen, in allen Medien. Wir bekennen uns zu einer überregional wahrnehmbaren vielfältigen Medienszene und einer* ***wettbewerbsfähigen dualen Rundfunkstruktur.***

Der Alltag im Arbeitsleben und das Freizeitverhalten wird zunehmend von der ***digitalen Revolution*** *beeinflusst – auch bei uns. Das Saarland darf deshalb nicht mehr Schlusslicht bei der Internetnutzung in Deutschland bleiben. Aktiver und kritischer Umgang mit den Medien ist wesentlich für die demokratische und soziale Entwicklung.*

Dem **Saarländischen Rundfunk** kommt eine herausgehobene Bedeutung als Medienbotschafter des Saarlandes zu. Er bedarf einer auskömmlichen Finanzierung und der Entwicklungsgarantie auch im Bereich der neuen Medien. Daneben muss der private Rundfunk seine spezifischen Stärken im Interesse des öffentlichen Auftrages der Medien nutzen können. Wir brauchen **publizistischen Wettbewerb** und eine Medienpolitik, die das Saarland auch medial zukunftssicher macht. Dazu gehört, die Berichterstattung aus dem Saarland in privaten bundesweiten Rundfunkangeboten auszuweiten.

Das Fehlen **leistungsfähiger Internet-Zugänge** gefährdet ökonomische Entwicklung, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen mit den NetzanbieterInnen verbindlich verabreden, wie das Saarland mit **schnellem Breitband** versorgt werden kann. Angestrebt ist eine flächendeckende Versorgung bis 2017 mit mindestens 16 Megabit pro Sekunde. Für einen flächendeckenden Breitband-Ausbau im ländlichen Raum ist eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Telekommunikationsanbietern und alternativen InfrastrukturinhaberInnen oder mit den kommunalen Versorgungsunternehmen zu erwägen.

Wir treten ein für die grundgesetzliche Absicherung der **Netzneutralität**: Freier und unbeschränkter Zugang aller BürgerInnen zum Internet ohne unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe muss ebenso erhalten bleiben wie die Möglichkeit, Informationen frei zu verbreiten. Wir stehen für ein **freies und sicheres Internet und starke BürgerInnenrechte** in der digitalen Welt. Netzsperren und die unnötige Speicherung von Telekommunikationsinhalten und Verbindungsdaten durch umfassende Vorratsdatenspeicherung oder Online-Durchsuchungen lehnen wir ab.

Medienkompetenz ist die Basis für wirksamen Jugendmedienschutz. Rein technische Lösungen wie Filtersoftware lehnen wir ab. Kinder- und Jugendmedienschutz kann technische Elemente enthalten, bedarf aber zusätzlicher Angebote der Medienbildung für Eltern und PädagogInnen. Der Umgang mit Medien jeder Art ist eine Schlüsselqualifikation für ein selbstbestimmtes Leben. Medienkompetenz ist eng verbunden mit selbstverantwortlichen, kooperativen Lernprozessen und damit eine zentrale Fähigkeit für lebensbegleitendes Lernen. Um die Medien in ihren vielfältigen Erscheinungsformen aktiv anwenden zu können, sind Fähigkeiten zur interaktiven Kommunikation, zur kreativen Mediennutzung, zur kritischen Auseinandersetzung mit Medieninhalten sowie Kenntnisse der Produktionsbedingungen notwendiges Rüstzeug.

Medienkompetenz muss Bestandteil in allen Bildungseinrichtungen und für alle Lebensphasen werden. Wir werden in der Aus- und Weiterbildung und den Lehrplänen vom frühkindlichen Bereich bis zu den weiterführenden Schulen medienpädagogische Themen verbindlich verankern. Wir streben eine Kooperation mit dem rheinland-pfälzischen **Projekt „Medienkompetenz macht Schule“** an. In außerschulischen Bereichen sind medienpädagogische Themen in das Aufgabenprofil der Einrichtungen zu integrieren, BürgerInnen-Plattformen und erfolgreiche Projekte wie der **Jugendserver Saar** zu stärken und medienpädagogische **Elternarbeit** in bildungsbenachteiligten Milieus auszubauen.

Der **Schutz des geistigen Eigentums** steht in der digitalen Welt vor völlig neuen Herausforderungen. Die SPD sieht sich als Anwalt aller schöpferisch und kreativ Tätigen. Wir wollen deshalb ein **modernes Urheberrecht**, das einen gerechten Ausgleich zwischen den Schutzinteressen der Urheberinnen und Urheber an ihren digitalen Werken und den berechtigten Interessen der Internetnutzerinnen und -nutzer an freiem Zugang zu Wissen und kulturellen Werken schafft. Wir wollen nach Wegen suchen, die Verwertungsrechte freier JournalistInnen zu stärken. Ein **besonderes Leistungsschutzrecht** für Presseverlage lehnen wir ebenso ab wie die Pflicht zum Depublizieren gebührenfinanzierter Beiträge, die Einführung von **Schultrojanern und die menschenrechtsgefährdenden Vorhaben des ACTA-Abkommens.**

Saarland - Sportland

*Sport ist für viele Saarländerinnen und Saarländer ein wichtiger Teil ihres **alltäglichen Lebens**. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes vielfältige Gelegenheiten erhalten, Sport zu treiben. Sportliche Aktivitäten und gute sportliche Unterhaltung sind aber auch ein zunehmend bedeutsamer weicher **Standortfaktor**. Auch dieser Standortfaktor hat unter zwölf Jahren CDU-Regierung gelitten. Das Saarland kommt als Sportstandort überregional immer weniger vor. Der Leistungssport ist ohne Perspektive, wenn nicht auch der Breitensport unterstützt wird. Beide bedingen einander.*

Die **Arbeit der Sportvereine** ist gelebte **Integrationspolitik**: Alt und Jung, Menschen mit und ohne Behinderungen, Deutsche und Nichtdeutsche aus allen sozialen Schichten finden sich hier unter einem Dach zusammen. Die sportliche Jugendarbeit verdient gerade auch in Regionen mit hohem Migrationsanteil unsere Unterstützung, denn sie vermittelt soziale Kompetenz und demokratische Erziehung in bestem Sinne. Wir wollen daneben aber auch alten- und behindertengerechte Sportangebote besonders unterstützen.

Den gemeinnützigen Sport in den Vereinen werden wir verlässlich und finanziell hinreichend fördern und die auskömmliche Finanzierung der Sportförderung durch das **Sport-Achtel** und ergänzende Mittel aus der neuen Konzessionsabgabe fortführen. Über einen Sportfonds wollen wir unsere Sportstätten modernisieren und Anreize für Vereine setzen, selbst Sportstätten zu verbessern.

Den **Stellenwert von Sport und Bewegung in der Schule** wie im außerschulischen Bereich werden wir stärken und im Rahmen des Ausbaus der Ganztagsschulen eine verlässliche dritte Sportstunde gewährleisten. In Zusammenarbeit mit Dritten wie z.B. den Krankenkassen beabsichtigen wir, eine **„Stiftung Saarland – Sportland“** zu gründen, um die lebenslange sportliche Betätigung zu fördern.

Ohne die Zuschüsse der Saarland-Sporttoto GmbH für Sport, Kultur, Umwelt und Soziales sind viele Projekte und Maßnahmen, Sportanlagen und Sportförderung und die Unterstützung unzähliger Maßnahmen des Ehrenamtes nicht denkbar. Wir werden an dem Prinzip der gesellschaftlichen Verantwortung und an spielerInnenschutzorientierter Glücksspielpolitik festhalten, welche die Förderung des Breitensports, der karitativen Organisationen, des Denkmalschutzes, der Kultur sowie weiterer Verbände und Vereine aus dem gemeinnützigen Bereich sicherstellt. Eine Kommerzialisierung des Glücksspiels lehnen wir ab. Den Beschluss der Bundesländer, Konzessionen an kommerzielle SportwettenanbieterInnen zu vergeben, sehen wir mit Sorge. Wir befürchten das Abfließen von wichtigen Mitteln für das Gemeinwohl an wenige AktionärInnen und EigentümerInnen, eine Steigerung der Suchtgefährdung durch Glücksspiel sowie eine Bedrohung der Integrität des Sports.

Solidarische Gesellschaft – Glückliche Familien – Beste Gesundheit

*Unser Saarland ist ein einzigartiges Land: Im Laufe seiner Geschichte immer wieder zwischen Deutschland und Frankreich hin- und hergerissen, dann endlich **Keimzelle eines friedlichen Europas**, ist es heute **lebendiges Symbol der deutsch-französischen Freundschaft**. Diese Geschichte hat uns geprägt und Saarländerinnen und Saarländer zusammengeführt. Diese gemeinsame Identität ist Leitlinie und Verpflichtung zugleich. Wir wollen ein **solidarisches Saarland**, in dem es sich lohnt zu leben und zu arbeiten. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass alle in unserem Land gleiche Teilhabechancen haben. **Starke Schultern müssen dabei mehr tragen als schwache.***

Eine solidarische Gesellschaft bedeutet für uns auch nachbarschaftliches und ehrenamtliches Engagement anzuerkennen und auszubauen. Dies muss auch angemessen gefördert werden. Dabei muss aber gewährleistet sein, dass dies nicht zu einem Abbau der professionellen sozialen Infrastruktur führt.

Moderne Familienpolitik fördert die Vielfalt der Lebensentwürfe

Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Familienpolitische Maßnahmen müssen sich an der Vielfalt unterschiedlicher Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens orientieren: Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien, Paare mit und ohne Kinder, mit und ohne Trauschein. Die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen tritt langsam in den Hintergrund. Männer sind verstärkt bereit, ihre Erziehungsverantwortung in der Familie wahrzunehmen. Frauen sehen ihren Beruf und berufliches Fortkommen als selbstverständlichen Teil ihres Lebensentwurfs an.

Bundespolitische Initiativen wie die das sogenannte **„Betreuungsgeld"** von CDU/CSU, das in Wahrheit eine „Bildungsfernhalteprämie" ist und die Erwerbstätigkeit von Frauen bestraft, lehnen wir ab. Gleichzeitig setzen wir uns für einen gerechten Familienlastenausgleich ein, stellen uns gegen die Kürzungen beim Elterngeld und treten für eine gezielte Förderung von Vätermonaten ein.

Um eine **Garantie für ganztägige Bildung und Betreuung** umzusetzen, brauchen wir eine Fortführung des Krippengipfels auf Bundesebene: der quantitative Ausbau der Krippenplätze darf nicht zu Lasten der qualitativen Verbesserung in der Kinderbildung und -betreuung gehen.

In einem ersten Schritt wollen wir den Rechtsanspruch für einen Ganztagsbildungs- und -betreuungsplatz für Alleinerziehende im Saarland einführen.

Wir lassen kein Kind zurück

Wir haben die Erde nicht geerbt, sondern von unseren Kindern geborgt. *Alle Politik muss sich deshalb zuerst der Frage stellen, welche Auswirkungen sie für Kinder und Jugendliche und ihr zukünftiges Leben haben wird. Die Kinder- und Jugendhilfe ist dieser öffentlichen Verantwortung verpflichtet.*

Gemeinsam mit den Landkreisen und dem Regionalverband werden wir eine **umfassende Jugendhilfeplanung** und eine daraus abgeleitete Förderpolitik betreiben. Wir werden alles daran setzen, ab dem Jahr 2013 ein **ausreichendes Angebot an Krippenplätzen** vorzuhalten.

Eine SPD-geführte Regierung wird Anreize zu einer **Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung** und zur **Stärkung sozialraumorientierter, präventiver Hilfen** setzen, die Kinder- und Jugendarbeit als allgemein fördernde Angebote stärken und ausbauen und Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit fördern. Deshalb müssen diese beiden Themen auch inhaltlich organisatorisch eng miteinander verzahnt werden. Die Trennung durch die Angliederung an zwei unterschiedliche Ressorts muss aufgehoben werden.

Zur **Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen** werden wir ein **Aktionsprogramm** vorlegen und umsetzen. Die Kontrollen zur Einhaltung des **Jugendarbeitsschutzes** werden wir verstärken.

Wir wollen das **Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken.** Die Interessenvertretung der Jugend im Saarland muss politisch und inhaltlich schlagkräftig bleiben. Sie hat eine Kontrollfunktion, und diese darf nicht durch die Streichung von Fördermitteln untergraben werden. Deshalb werden wir die Kürzungen bei der Förderung des **Landesjugendrings** zurücknehmen. Programme zur **Anerkennung von Vielfalt, gegen menschenverachtende Einstellungen und Diskriminierung** werden wir insbesondere im Blick auf die Jugendarbeit verstetigen und die politische Bildung intensivieren.

Wir lassen kein Kind und keinen Jugendlichen zurück. Deshalb sollen alle Jugendlichen im Saarland die Garantie bekommen, einen allgemeinbildenden Schul- und einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss machen zu können.

Mit den **digitalen Medien** verfügen Jugendliche über vielfältige zusätzliche Möglichkeiten der Kommunikation und Information. Wir sehen darin in erster Linie eine Chance. Damit Jugendliche diese im Sinne umfassender Teilhabe für sich nutzbar machen und den Umgang mit den wie bei allen technologischen Entwicklungen auch hier vorhandenen Gefahren einzuüben, unterstützen wir Innovationen in der Jugendarbeit, die die Medien- und Sozialkompetenz stärken. Um junge Menschen stärker als bisher an politischen Entscheidungen vor Ort zu beteiligen, unterstützen wir insbesondere Projekte, die die Entwicklung von Online-Werkzeugen beinhalten.

Die Chancen des Alters nutzen

Wir wollen, dass sich im Saarland alle Generationen sicher und wohl fühlen. ***Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe bis ins höchste Alter*** *hinein sind zentrale Ziele. Es ist ein großer Erfolg unserer sozialen, medizinischen und ökonomischen Entwicklung, dass wir immer älter werden. Wir sind davon überzeugt, dass wir auf die Erfahrung und die sozialen Kompetenzen der Älteren angewiesen sind.*

Von dieser Generation kann viel Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit ausgehen, wenn sie ihre Potenziale für ein funktionierendes ***Miteinander der Generationen*** *einbringen kann. Zukunft braucht die Innovationsbereitschaft der Jüngeren und die Erfahrung der Älteren. Wir wollen im Saarland nicht weiter hinnehmen, dass die Lebenserwartung des oberen Viertels unserer Gesellschaft um*

mehr als zehn Jahre höher liegt als die des unteren Viertels. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Sozial- und Sportverbänden, den Einrichtungen des Gesundheitswesens und den kommunalen Partnern ein ***Landesprogramm „Gesund alt werden im Saarland"*** *begründen und uns damit insbesondere gegen die unterschiedlichen Gesundheits- und Lebenschancen vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger engagieren. Wir wollen das* ***nachbarschaftliche Engagement und Ehrenamt*** *fördern und ausbauen.*

Es gibt viele SeniorInnen, deren Leben durch finanzielle, gesundheitliche und soziale Faktoren eingeschränkt ist. Wir wollen, dass unsere Seniorinnen und Senioren möglichst lange selbstbestimmt und sozial abgesichert in **ihrer vertrauten Umgebung** leben können. Dazu gehört eine auskömmliche Altersversorgung. Wir brauchen mehr **barrierefreien** Wohnraum, eine wohnortnahe soziale Infrastruktur, unterstützende Dienstleistungen und die Einbindung der vorhanden ambulanten und stationären Dienste, der Pflegestützpunkte sowie des Ehrenamtes. Zusammen mit den Kreisen und dem Regionalverband werden wir einen Entwicklungsplan erarbeiten, der definiert, an welcher Stelle welche soziale Infrastruktur erforderlich ist und wie viel zusätzlicher barrierefreier bzw. -armer, auch mit altersgerechten Assistenzsystemen ausgestatteter Wohnraum geschaffen werden muss. Dabei wollen wir die kommunalen und landeseigenen Wohnungsgesellschaften einbeziehen.

Die saarländischen **Pflegestützpunkte** haben sich als ein erfolgreiches, wohnortnahes Instrument der **Beratung und Koordinierung** in allen Fragen rund um Pflege und Versorgung im Alter erwiesen. Wir werden diese gemeinsamen Einrichtungen der Sozialversicherungs- und Sozialhilfeträger zu **regionalen Kompetenzzentren** für die älter werdende Gesellschaft weiter entwickeln und dort auch die Wohnberatung, die Beratung über altersangepasste technische Assistenzsysteme sowie die Beratung und Unterstützung zur Gesundheits- und Pflegeprävention im Alter ansiedeln. Die Pflegestützpunkte sollen auch die zentralen Koordinationsstellen für die verschiedensten ambulanten Dienste werden und sicher stellen, dass alle älteren Menschen unabhängig von ihrem Einkommen stets einen Zugang zu einer **sachgerechten Pflege- und Gesundheitsinfrastruktur** haben. Das Kommunale Selbstverwaltungsgesetz (KSVG) werden wir durch die Aufnahme einer Sollregelung zur Gründung von kommunalen **Seniorenbeiräten** ergänzen.

Gemeinsam gegen Armut

Nur eine solidarische Gesellschaft kann die Grundlage für ein **friedvolles Miteinander in Wohlstand** bieten. Es gilt, den sozialen Zusammenhalt des Landes zu wahren und gesellschaftliche Spaltung zu verhindern. Denn gerade in einem eigentlich reichen Land wird Armut als sehr demoralisierend wahrgenommen, da die Differenz zwischen arm und reich für von Armut Betroffene als besonders groß und negativ empfunden wird.

Aufgrund des wachsenden Anteils von Menschen mit niedrigem Einkommen weiten sich die **Ängste vor sozialem Abstieg** immer weiter in große Teile der schrumpfenden Mittelschicht aus. Das beste Mittel zur Bekämpfung von Armut ist existenzsichernde Erwerbsarbeit. Für die Armutsbekämpfung ist ein ganzheitliches Konzept gefordert: Unkoordinierte Einzelmaßnahmen und „Herumdoktern" an den Symptomen helfen nicht weiter. Wir müssen die Ursachen von Armut wirksam bekämpfen.

Dabei muss konkretes politisches Handeln als Querschnittsaufgabe alle Politikfelder abdecken. Wir werden mit dem Beirat zur Sozialstudie endlich konkrete Maßnahmen und eine konkrete Zeitplanung zur Armutsbekämpfung aus den vorliegenden Studien zur Armut entwickeln.

Wir werden eine regelmäßige, umfassende Sozialberichterstattung im Sinne einer echten **Armuts- und Reichtumsberichterstattung** unter besonderer Berücksichtigung der Kinder- und Altersarmut einführen und eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer **Kindergrundsicherung** angehen.

Die Mittel für Leistungen, die über das **Bildungs- und Teilhabepaket** den Betroffenen zustehen, müssen diese schnell, unbürokratisch und vor allem vollständig erreichen. Wir werden die Saarländerinnen und Saarländer umfassend informieren, ob und welche Leistungsansprüche sie haben und wo sie diese geltend machen können. Damit die entsprechenden Mittel auch wirklich dort ankommen, wo sie benötigt werden, wird eine sozialdemokratische Landesregierung ein Landesausführungsgesetz zum Bildungs- und Teilhabepaket verabschieden.

Steigende Energiekosten werden zunehmend zur Armutsfalle für viele. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Mieterinnen und Mieter einen **Anspruch auf energetische Sanierung** ihrer Wohnungen erhalten. Wir werden eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer **Benzinpreisbremse** einbringen.

Gleiche Teilhabechancen für Alle

*Die **UN-Behindertenrechtskonvention** bildet die Basis, auf der wir die Gesellschaft von morgen bauen. Ziel ist ein selbstverständliches Miteinander in einer solidarischen Gesellschaft, die jeden und jede wertschätzt. Dieses Miteinander kann jedoch nur entstehen, wenn alle Barrieren abgebaut sind, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beschränken.*

Unsere Gesellschaft ist zum heutigen Zeitpunkt noch lange nicht barrierefrei – weder in der bebauten Umwelt noch in unserem Denken. **Menschen mit Behinderungen** werden trotz Benachteiligungsverbot im Grundgesetz und in den Länderverfassungen, trotz Bundes- und Ländergleichstellungsgesetze im alltäglichen Leben oftmals ausgegrenzt.

Die Umsetzung der UN-Konvention ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden in Zusammenarbeit mit Betroffenen, Expertinnen und Experten, saarländischen Verbänden, Vereinen und Organisationen einen echten **Aktionsplan mit verbindlichen Maßnahmen** und konkreter Zeitplanung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erstellen, der alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst. Wir werden alle Landesgesetze auf ihre Konformität mit der UN-Konvention überprüfen und im Bedarfsfalle an deren Forderungen anpassen.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird die kommunalen **Behindertenbeauftragten** und die **Behindertenbeiräte** im Kommunalen Selbstverwaltungsgesetz (KSVG) verankern und ihnen Rede- und Antragsrecht sichern.

Im Rahmen einer Novelle der **Landesbauordnung** werden wir die Vorschriften für „barrierefreies Bauen“ enger fassen und die Ausnahmeregelungen bei Neubauten reduzieren. Landeszuschüsse werden wir zukünftig an die Herstellung von Barrierefreiheit knüpfen.

Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt hat für uns Priorität. Sie ist nur möglich, wenn entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Neben den Werkstätten für behinderte Menschen müssen Integrationsbetriebe als Alternativen zur Verfügung stehen. Den Übergang von **Werkstätten** in den ersten Arbeitsmarkt mit Mitteln aus einem Landesprogramm zur Förderung von Beschäftigung über vier Jahre hinaus gilt es zu verstetigen.

Eine Kultur des Miteinanders schaffen

Migrantinnen und Migranten sind ein großer und wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Ihre Integration in den Arbeitsmarkt und alle Bereiche der Zivilgesellschaft stellt eine zentrale Zukunftsherausforderung in Deutschland und für das Saarland dar.

Gerade in der Tradition einer Einwanderer-Region zwischen Deutschland und Frankreich sehen wir **Einwanderung als Chance** für Kultur, Wirtschaft und soziale Stabilität angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung.

Bund, Land sowie Städte und Gemeinden müssen darauf hinwirken, gesetzliche und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, diese Chance durch eine gelingende umfassende Integration der MigrantInnen zu nutzen. Dies erfordert auch die Bereitschaft der MigrantInnen, sich auf die Gesellschaft einzulassen und sich in ihre neue Heimat einzubringen.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir in der Mitte der Legislaturperiode einen **Integrationsbericht** vorlegen und im Landtag eine **Enquêtekommission „Migration“** einrichten. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird den Anteil von **MigrantInnen im öffentlichen Dienst**, insbesondere in den Schulen und Kindertageseinrichtungen, bei der Polizei und den Sozialverwaltungen erhöhen. Programme zum frühen Deutschlernen und zur Integration von MigrantInnen, die schon lange bei uns leben, werden wir ausbauen, die Pflege der kulturellen und religiösen Identität unterstützen und besondere Akzente in Quartieren mit überdurchschnittlichem Migrationsanteil setzen.

Bürgerinnen und Bürgern, die nicht aus den EU-Ländern stammen, aber dauerhaft hier leben, wollen wir das **aktive und passive kommunale Wahlrecht** geben.

Wir werden die **Benachteiligung von MigrantInnen am Arbeitsmarkt bekämpfen** und Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen, sie besser mit Regelangeboten der kommunalen Sozialverwaltungen zu erreichen. Im Bundesrat werden wir für eine Erhöhung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eintreten.

Die **Aufenthaltsdauer** für Flüchtlinge im Landesaufnahmelager **Lebach** wollen wir auf einen Zeitraum von möglichst drei und in begründeten Ausnahmefällen höchstens zwölf Monaten begrenzen und bereits bei der Ankunft eine klare Perspektive zur Eingliederung in die Gesellschaft schaffen. Des Weiteren wollen wir umfassende Betreuungsangebote mit soliden Strukturen sowie eine psychologische Fürsorge für jugendliche Flüchtlinge im Saarland mit dem Ziel einer frühen Aufnahme in staatliche Bildungsangebote. Die Versorgung der Flüchtlinge mit Lebensmittelpaketen wollen wir durch Geldleistungen ersetzen.

Integrationspolitik, die gelingen will, muss auf eine weitgehende Beteiligung der MigrantInnen und ihrer Organisationen setzen. Darüber hinaus werden wir Integration zu einer Querschnittsaufgabe machen und die Zielsetzung im Namen eines Ministeriums verankern. Die Möglichkeiten doppelter Staatsbürgerschaften wollen wir erleichtern.

Gleichstellung voranbringen

„Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden.. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ *Diesem Auszug aus der saarländischen Verfassung fühlen wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verpflichtet. Im gesellschaftlichen Alltag ist dieses Ziel vielfach nicht erreicht. Hier geht es um die* ***Vereinbarkeit von Familie und Arbeitsleben, die gleiche Teilhabe in Beruf, Verwaltung, Wissenschaft und Politik sowie die Toleranz gegenüber allen Lebensweisen.***

Gleichberechtigung von Frau und Mann

Wir haben seit einigen Jahren zwar die rechtliche, nicht aber die tatsächliche Gleichberechtigung von Frau und Mann erreicht. Um diese durchzusetzen, bekennen wir uns zu aktiver Frauenförderung durch Bewusstseinsarbeit sowie klare rechtliche Vorgaben und Sanktionen.

Wir werden in einem ersten Schritt das **Landesgleichstellungsgesetz** reformieren. Wir werden Gleichstellungspolitik zur Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und zum Namensbestandteil eines Fachministeriums machen. Wichtige Institutionen wie Frauennotruf und die Frauenbibliothek werden wir dauerhaft absichern. Wir werden alle Gesetze und Maßnahmen darauf hin überprüfen, ob sie die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen oder sie behindern (Gender Mainstreaming). Das gilt auch für den Landeshaushalt (Gender Budgeting). Um die immer noch bestehenden Benachteiligungen abzubauen, ist die gezielte Förderung von Frauen auch weiterhin notwendig. Wir werden Initiativen zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit, von Mindestlöhnen und zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen und Aufsichtsgremien für den Bereich der Landes- und Kommunalverwaltung ergreifen und für die Bundesebene unterstützen.

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Mit der Aufnahme des Merkmals der sexuellen Identität wurde 2011 ein **Diskriminierungsverbot** von homo-, bi- und transsexuellen Menschen in der saarländischen Verfassung verankert. Diesem Beispiel folgend setzen wir uns auch für die Verankerung dieses Merkmals in Art. 3 des Grundgesetzes ein. Wir treten für die **Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften** im Steuer-, Erb- und Adoptionsrecht ein. Darüber hinaus muss die Aufklärungsarbeit an Schulen und in Jugendeinrichtungen endlich aufgenommen werden. Im Rahmen der Sexualaufklärung müssen Schulbücher und Lehrpläne auch die Vielfalt in der Gesellschaft abbilden.

Gesundheit fördern, VerbraucherInnen schützen

Gleiche Gesundheitschancen und die solidarische Absicherung des allgemeinen Lebensrisikos Krankheit sind wesentliche Voraussetzungen für Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe. ***Gesundheit und Pflege*** *bekommen eine immer größere Bedeutung für die Qualität unseres Zusammenlebens in einer älter werdenden Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen und Versicherungsstatus die notwendige* ***medizinische Versorgung*** *erhalten und am medizinischen Fortschritt teilhaben können.*

Der **medizinische Fortschritt** bietet dabei neue Möglichkeiten, die das Saarland auch wirtschaftlich voranbringen können. Eine weitere **Privatisierung** von Versorgungsstrukturen lehnen wir dabei ab und wollen die Kranken- und Pflegeversicherung zu einer **solidarischen Bürgerversicherung** weiterentwickeln.

Gesundheit entsteht auch durch starken VerbraucherInnenschutz: Wir wollen, dass die Menschen im Saarland transparenter und schneller über Gefahren informiert und durch intensivere Kontrollen geschützt werden. Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen zudem **Hilfe und Beratung**, damit sie ihre Entscheidungen selbstbestimmt treffen können. Eine starke saarländische Verbraucherzentrale hilft uns dabei. Die Politik muss in Zukunft noch stärker dafür sorgen, dass den Menschen im Saarland die Möglichkeit gegeben wird, sich über die Chancen und Risiken der Märkte zu informieren. Unsere Politik folgt hierbei dem Grundsatz, die Rechte der Kundinnen und Kunden zu stärken.

Gesunde Strukturen

Die Jamaika-KoalitionärInnen haben bei der Einrichtung eines eigenständigen Gesundheitsministeriums nicht aus fachlicher Sicht gehandelt – es ging ihnen lediglich um die Schaffung von Versorgungsposten für die eigenen Leute. Wer aber von allen Saarländerinnen und Saarländern Verständnis für dringend notwendige Sparmaßnahmen verlangt, der muss mit gutem Beispiel voran gehen und bei sich selbst mit dem Sparen anfangen.

Deshalb werden wir das Gesundheitsministerium auflösen und in andere Ressorts zurückgliedern sowie die Aufgaben des Landesamtes für Gesundheit und Verbraucherschutz anderen Landesämtern zuordnen. Die **Maßnahmen gegen den demografischen Wandel** werden wir an einer Stelle bündeln. Den Landespflegeplan und -ausschuss werden wir abschaffen und die Aufgaben auf die Kreisebene verlagern.

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik wird die saarländische **Krankenhausstruktur** dauerhaft demografiefest machen. Gerade im ländlichen Raum sollen die Krankenhäuser auch die ambulante medizinische Versorgung sicher stellen. Sie sollen zu regionalen Gesundheitszentren werden. Mit den EinrichtungsträgerInnen und KostenträgerInnen wollen wir sicher stellen, dass im Saarland keinE PatientIn mehr ohne ein geordnetes Überleitungsmanagement eine Klinik verlässt. Die **Medizinische Fakultät** und das **Universitätsklinikum** werden wir in enger Kooperation mit den Lehrkrankenhäusern erhalten.

Gleicher Zugang für alle im Gesundheitswesen

Das Gesundheitsministerium ist in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung dazu aufgerufen, Zielvereinbarungen mit Krankenhäusern, Praxen von niedergelassenen MedizinerInnen und anderen im Gesundheitsbereich tätigen TherapeutInnen abzuschließen, um einen barrierefreien und mit den nötigen Hilfsmitteln ausgestatteten **Zugang zu allen Einrichtungen des Gesundheitssystems** zu gewährleisten.

Verbessert werden muss auch der **Zugang zu notwendigen Hilfsmitteln** über die Krankenkassen. Die Landesregierung muss darauf drängen, dass Menschen mit Behinderungen nicht zu Bittstellerinnen degradiert werden, sondern zeitnah die nötigen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt bekommen.

In den Saarländischen Krankenhäusern muss die **Assistenz für Schwerbehinderte** verbessert werden. Spezielle ambulante Beratungsangebote für Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen sollen Begleitung, Moderation und konkrete Hilfen bei Problemen am Arbeitsplatz anbieten.

Die saarländischen **Pflegestützpunkte** haben sich als erfolgreiches, wohnortnahes Instrument der Beratung und Koordinierung erwiesen. Für den Fall, dass Menschen mit Behinderungen pflegebedürftig werden, müssen im Saarland **regionale Angebote** geschaffen werden.

Verbraucherschutz stärken, Kontrollen intensivieren

Zur Kennzeichnung von hygienisch sauber und richtig kennzeichnenden Betrieben werden wir ein verbraucherfreundliches und für alle transparentes **echtes Smiley-System** einführen. Mit einer Änderung des saarländischen Gaststättengesetzes werden wir wieder von der reinen Anzeige- zur verbraucherfreundlichen **Genehmigungspflicht** zurückkehren.

In Restaurants soll es beim strikten Rauchverbot bleiben. In einem Volksentscheid können die BürgerInnen des Landes abschließend über die Regelung für Eckkneipen entscheiden.

Wir werden das Saarländische Sparkassengesetz dahingehend ändern, dass die Sparkassen verpflichtet werden, **jedem Menschen ein Guthabenkonto** zur Verfügung zu stellen.

Das **Informationsfreiheitsgesetz** des Saarlandes werden wir so ausgestalten, dass die zeitnahe und **transparente Information von Verbraucherinnen und Verbraucher** gewährleistet wird.

Handlungsfähige Kommunen – Freiheitliche Demokratie – Sicheres Leben

Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten

Die Städte, Gemeinden, Landkreise und der Regionalverband sind die Keimzelle unserer demokratischen Gesellschaft. Sie tragen maßgeblich zur Lebensqualität im Saarland bei, indem sie die ***Daseinsvorsorge*** *gewährleisten und wichtige soziale Netze und Sicherungssysteme organisieren. Diese Aufgaben können sie in Zukunft nur mit einer* ***angemessenen Finanzausstattung*** *leisten. Mit einer SPD-Landesregierung wird sich das Land wieder zu seiner Garantenstellung bekennen, das* ***Konnexitätsprinzip*** *einhalten und im Rahmen seiner Möglichkeiten auf allen politischen Ebenen Maßnahmen ergreifen, die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederherzustellen.*

Dazu werden wir die **Einnahmeseite** der Kommunen verbessern, indem wir uns im Bund für eine kommunalfreundliche Steuerpolitik einsetzen, die ständigen Entnahmen des Landes aus der Finanzausgleichsmasse beenden, die **wirtschaftliche Betätigung** der Kommunen erleichtern und Bundesmittel ohne Einschränkungen an die Kommunen weiterleiten. Gleichzeitig müssen auch die Ausgaben der Kommunen für die laufende Verwaltung und insbesondere die soziale Sicherung reduziert werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Finanzierung sozialer Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern stärker durch den Bund übernommen wird.

Mit einem **Entschuldungsfonds** unter Beteiligung des Landes werden wir die Städte und Gemeinden unseres Landes dauerhaft entlasten. Ein gemeinsames **Schuldenmanagement** der Kommunen mit dem Land wird dafür sorgen, dass kurzfristige Verbindlichkeiten und daraus resultierende Zinslasten abgebaut und bessere Zinsbedingungen erlangt werden können.

Im Rahmen einer umfassenden **Überprüfung der Aufgabenzuordnung** zwischen staatlicher und kommunaler Ebene sowie der Aufgabenverteilung zwischen Städten, Gemeinden, Landeshauptstadt, Landkreisen und Regionalverband werden wir Fehlentwicklungen der letzten **Verwaltungsstrukturreform** korrigieren und einen deutlichen **Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit** mit dem Ziel größerer Effizienz und besserer Partizipationsmöglichkeiten bei gebietsüberschreitenden Projekten zum Maßstab unseres Handelns machen. Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Stattdessen werden wir **rentierliche Investitionen** insbesondere im Bereich erneuerbarer Energie und kommunalwirtschaftlicher Betätigung erleichtern.

Darüber hinaus bekennen wir uns zur **Bedeutung kommunaler Investitionen zum Strukturwandel** im Saarland. Die **Landeshauptstadt Saarbrücken** werden wir in ihrer oberzentralen Funktion stärken. Das Projekt „Stadtmitte am Fluss“ werden wir weiter vorantreiben, den Einstieg des Landes in die Messegesellschaft umsetzen und deren Kooperation mit der CCS ausbauen. Wir halten am Bau einer Veranstaltungshalle und der umfassenden Sanierung des Ludwigsparks fest. Gerade dort, wo es um Arbeitsplätze geht, wie bei Industrie- und Gewerbeflächen, touristischer Infrastruktur oder der Entwicklung ländlicher Räume, wird das Land sich an der Finanzierung kommunaler Investitionen nach Kräften beteiligen, auch um die Komplementärfinanzierung für EU-Programme zu ermöglichen.

Der **Strukturwandel** wird auch in **Mittelzentren** und im **ländlichen Raum** unterstützt. Dazu gehören der beschleunigte Ausbau der Breitbandinfrastruktur, die Dorfentwicklung und die Stärkung der Dorfkerne inklusive der Förderung der Kultur des Ehrenamtes und des Prinzips der Subsidiarität in allen Bereichen.

Mehr Demokratie wagen

Wir wollen im Saarland wieder mehr Demokratie wagen. Eine ***aktive Bürgergesellschaft*** *ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes. Mitbestimmung sichert dauerhaft die Akzeptanz unseres Gemeinwesens. Eine starke demokratische Kultur stiftet Zusammenhalt und Solidarität und ist das wirksamste Mittel gegen Extremismus.*

Engagement der BürgerInnen löst gesellschaftliche Innovationen aus und ist unverzichtbar für die Bewältigung zentraler Herausforderungen wie der Integration von EinwandererInnen und eines neuen ***Miteinanders der Generationen im demografischen Wandel****. Das Saarland wäre ärmer, würden sich nicht Hunderttausende in Wohlfahrts- und Jugendverbänden, bei den Rettungsdiensten, Umweltverbänden, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, in Heimat- und Kulturvereinen, in Musikvereinen und im Sport, aber auch in der Kommunalpolitik engagieren.*

Die **demokratische Teilhabe** an politischen Prozessen muss verbessert werden. Beim bundesweiten Ranking ist das Saarland hier eines der Schlusslichter. Wir werden deshalb das Verfahren der Volksgesetzgebung insgesamt vereinfachen, die Quoren absenken, den Finanzvorbehalt lockern und die Möglichkeit einer Verfassungsänderung aufnehmen. Mehr Teilhabe wollen wir auch über E-Demokratie fördern. Auf kommunaler Ebene wollen wir ein **Wahlrecht für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den Nicht-EU-Staaten**. Sie sollen hier bei uns nicht nur leben und arbeiten dürfen, sondern aus genau diesem Grunde auch mitbestimmen dürfen. Mehr Demokratie wollen wir aber auch in unserer Großregion wagen: Wir streben deshalb u.a. eine **Direktwahl der Mitglieder des Interregionalen Parlamentarierrates** und ein eigenes Budgetrecht der Großregion an.

Perspektiven für die junge Generation

Eine immer älter werdende Gesellschaft stellt uns vor große Herausforderungen hinsichtlich des Sozialsystems und der Strukturen unserer Gesellschaft. Die junge Generation muss früher und in größerem Maße Verantwortung übernehmen. Darin liegen Chancen für die junge Generation, die Zukunft unserer Gesellschaft aktiver mitzugestalten und ihre Interessen selbstbewusst zu verwirklichen. Wir wollen dafür die Voraussetzung schaffen und für **Chancengerechtigkeit und Perspektiven** sorgen.

Hierfür ist eine angemessene **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** bei Gestaltungs- und Planungsprozessen ihrer Lebensumwelt notwendig. Kinder und Jugendliche haben zu wenige rechtliche Möglichkeiten der Mitentscheidung vor Ort. Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung profitiert unsere Gesellschaft von wirklicher Beteiligung. Partizipation ist ein Garant für ein kinder- und jugendtaugliches Saarland und stiftet Identifikation mit der Region.

Ohne **ehrenamtliches Engagement** ist das vielfältige Angebot zahlreicher Kinder- und Jugendverbände im Saarland in Gruppen, Jugendzentren, Maßnahmen und Projekten nicht denkbar. Das seit 1994 gültige saarländische **Kinder- und Jugendförderungsgesetz** der damaligen SPD-Landesregierung hat sich bestens bewährt. Es ist verlässliche Grundlage zur Absicherung des weitgehend ehrenamtlichen Engagements der Kinder und Jugendverbände im Saarland. Wir erleben gerade bei der jüngeren Bevölkerung einen ungeheuren Schub an Willen und Schaffenskraft im politischen Bereich. Dieses Potential muss genutzt werden. Wir werden der Politikverdrossenheit entgegenwirken damit sich unsere jungen Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie stark machen. Daher wollen wir das **aktive Wahlrecht für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre** herabsetzen.

Transparenz und Beteiligung

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger setzt Information voraus. Wir setzen uns dafür ein, den **freien Zugang zu Informationen und Daten der öffentlichen Verwaltung** des Saarlandes auszubauen und damit Partizipation und Transparenz in kommunalen und landesweiten politischen Entscheidungen und Prozessen zu stärken.

Wir werden eine **„Open Data"-Initiative** starten und auf einem Internetportal sukzessive die Daten des Landes und seiner Kommunen veröffentlichen. Wir werden vorhandene lokale und saarlandweite Netzwerke bündeln und auf dieser Basis zentrale Informations- und Buchungssysteme für verschiedene Zielgruppen einrichten. Über eine **Saarland-„App"** werden wir alle Bürgerdienste, Informationen und offenen Daten des Landes auch auf Smartphones und Tablet-Rechnern gebündelt zugänglich machen. Bei öffentlichen Planungsprozessen werden wir **Online-Beteiligungsverfahren** etablieren und damit bei der Bauplanung beginnen. Mindestens einmal im Jahr werden wir der Bevölkerung des Landes die Gelegenheit geben, über eine öffentliche Plattform **im Internet die Tagesordnung einer Kabinettssitzung** zu bestimmen.

Der öffentliche Dienst des Landes

Das Land ist mit seinen 23.000 Beschäftigten der **größte öffentliche Arbeitgeber** im Saarland. Das Land hat auch an dieser Stelle eine **Vorbildfunktion**. Qualität, Schnelligkeit und Zuverlässigkeit des Arbeitsergebnisses sind wichtig für die **Zufriedenheit der BürgerInnen** und der Unternehmen. Das Land braucht gut ausgebildetes Personal, das motiviert und engagiert ist und durch die Bereitschaft und Möglichkeit zur Fortbildung jederzeit auf der Höhe der Zeit den fachlichen Anforderungen gerecht wird. Die Auswahl des Personals muss nach dem Prinzip der Bestenauslese erfolgen. Der demografische Wandel und die rückläufige Zahl der Bevölkerung erfordert aber auch eine entsprechende **Anpassung des gesamten Personalbestandes** des Landes. Um eine Überalterung des Personalkörpers zu vermeiden, muss auch ein **ausreichend breiter Einstellungskorridor** bereit gestellt werden.

Die politischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre sorgten aber bei vielen in der Landesverwaltung für wachsenden Unmut. **Oben wurde draufgepackt und unten wurde gespart.** Damit muss jetzt Schluss sein. Der notwendige Anpassungsprozess an die demografische Entwicklung unter den Rahmenbedingungen der Haushaltsnotlage unseres Bundeslandes geht nur mit den Beschäftigten gemeinsam. Dabei stehen für die SPD Fragen des Wissenstransfers, altersgerechtes Arbeiten und eine echte Personalentwicklungsplanung im Vordergrund. Wir wollen mit den Interessenvertretungen und den Beschäftigten selbst **gemeinsam die Zukunft gestalten**. Dabei muss auch über Fragen von Einsparrenditen und Aufgabenkritik gesprochen werden. Das sichert die SPD den Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes zu.

Sicher im Saarland leben

Innere und soziale Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. *Nur ein soziales Saarland ist ein sicheres Saarland. Zur Gewährleistung von Sicherheit gehört eine konsequente Haltung der ganzen Gesellschaft, von Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz gegenüber Kriminalität. Rechtssicherheit sowie eine Freiheit und Würde der Menschen schützende leistungsstarke Rechtspflege sind unverzichtbar. Richtige und rasche Rechtsdurchsetzung dient den BürgerInnen.*

Die **Aufgaben für die Sicherheitsbehörden sind gestiegen und komplexer** geworden, ebenso wie die Anforderungen an ihre Erfüllung. Die Zunahme von Ordnungsverstößen, Vandalismus und Gewalt bis hin zu der Entwicklung im Bereich des internationalen Terrorismus sowie der Internetkriminalität verdeutlichen: Wir brauchen – auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung sowie der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Einhaltung der Schuldenbremse – **starke Sicherheitsbehörden** im Saarland. Dazu gehören auch **leistungsstarke Fach- und Hilfsorganisationen** wie Feuerwehren, Rettungsdienste und der Katastrophenschutz.

Bestrebungen auf Landes- wie auf Bundesebene, grundgesetzliche Freiheitsrechte auszuhöhlen, lehnen wir ab. **Unser Grundsatz lautet: „Im Zweifel für die Grundrechte."** Dies gilt insbesondere für Ansätze, unter dem Argument potenzieller terroristischer Bedrohungen verdachtsunabhängige staatliche Überwachungsmöglichkeiten weiter auszudehnen, als unbedingt erforderlich. Online-Durchsuchungen von Privatcomputern, also das Ausspähen persönlicher Computer-Festplatten über das Internet, unter Umgehung der üblichen rechtsstaatlichen Regelungen für vergleichbare Eingriffe in die Privatsphäre dürfen nicht legitimiert werden. Auch Vorhaben, allgemeine biometrische Daten aller BürgerInnen verdachtsunabhängig zentral zu speichern und unbegrenzt elektronisch abrufbar zu machen, lehnen wir als unverhältnismäßigen Eingriff in das Recht eines jeden Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung ab.

„Polizeireform 2020" umsetzen: Keine Dienststellenschließungen in der Fläche

Einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Stärkung der Sicherheitsarbeit wird die **„Polizeireform 2020"** leisten, die eine deutliche sozialdemokratische und gewerkschaftliche Handschrift trägt. Wir werden den eingeleiteten Reformprozess begleiten und dafür sorgen, dass unsere Polizei ihre Aufgaben weiterhin modern, bürgernah und damit professionell erfüllen kann. Darüber hinaus werden wir unter Berücksichtigung kriminologischer Erkenntnisse, der polizeilichen Kriminalstatistik sowie der Erkenntnisse aus den in den Ländern und beim Bund in der Entwicklung befindlichen Lagebildern den **Schutz vor Übergriffen** auf unsere Polizeibeschäftigten, aber auch unserer Bediensteten in den Feuerwehren und Rettungsdiensten weiterentwickeln.

Dazu gehört ferner, dass wir die von SozialdemokratInnen Anfang der 90er Jahre ins Leben gerufene Idee **lokaler Sicherheitspartnerschaften** und **kriminalpräventiver Räte** wieder forciert angehen werden. Denn wirksame Sicherheitspolitik setzt voraus, dass nicht nur Kriminalität, sondern auch deren Ursachen bekämpft werden. Jede Vermeidung zukünftiger Straftaten ist ein Mehr an Sicherheit. Prävention heute bedeutet Sicherheit morgen. Sicherheit und Freiheit, polizeiliche Verbrechensbekämpfung und Vorsorge gehören ebenso zusammen wie Gewaltprävention und Opferschutz. Auch deshalb streiten wir für soziale Gerechtigkeit.

Für die **Bekämpfung von Steuerhinterziehung** werden wir die Personalausstattung verbessern, kriminelle Gewinne aus diesen Kriminalitätsformen konsequent abschöpfen und zur Verbesserung der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden einsetzen.

Die innere Sicherheit ist elementarer Bestandteil von Freiheit und Demokratie. Eine SPD-geführte Regierung wird für den Schutz der Saarländerinnen und Saarländer sorgen. Gerade in den letzten Jah-

ren wurden bei der Polizei vor allem dort Stellen abgebaut, wo sie für die Bürgerinnen und Bürger da ist - in den **Polizeidienststellen vor Ort**. Aber auch an anderen Stellen sind die Personalengpässe spürbar. Ein Ausgleich über die Einstellungszahlen bei den AnwärterInnenstellen konnte nicht erreicht werden. Parallel dazu haben sich die Aufgaben der Polizei verändert und steigen stetig an. Gerade die Zunahme der Straftaten im Internet bindet zunehmend Personalkraft und bedarf einer fachlich hochqualifizierten Zusatzausbildung.

Die SPD im Saarland steht für den **Erhalt der Präsenz der Polizei in der Fläche** und an den Brennpunkten in den Städten – es wird mit uns keinen weiteren Rückzug aus der Fläche geben. Wir wollen den Anteil der Polizistinnen und Polizisten nicht-deutscher Herkunft ausbauen.

Reform des saarländischen Polizeigesetzes

Das saarländische Polizeigesetz bedarf einer **Rückführung der Eingriffsbefugnisse** der Polizei. In den letzten Legislaturperioden wurden Fakten geschaffen, die schon nach dem damaligen Kenntnisstand, wie z. B. die automatische Kennzeichenerfassung, nicht notwendig waren und sind. Auslöser war die durch die Terrorwelle geschürte Angst in der Bevölkerung, die diese Gesetzesänderungen unter CDU-Führung möglich machte. Aber **Angst ist kein guter Berater.**

Selbst der Koalitionsvertrag von Jamaika hat diese Rückführungen vorgesehen und auch die Sondierungsgespräche mit der SPD beinhalteten diese Gesetzesänderungen – nach den neuesten Pressemeldungen der CDU will diese jetzt davon nichts mehr wissen. Die SPD hält an ihren aufgestellten Forderungen fest. Der **Grundrechtsschutz** unserer Bürgerinnen und Bürger gebietet uns diese staatlichen Eingriffsbefugnisse wieder rückgängig zu machen. Hier werden wir genau hinschauen. Die Sicherheit der Bevölkerung steht an erster Stelle, jedoch wird es mit der SPD Saar keine **Eingriffsbefugnisse der Polizei auf Vorrat** geben. Freiheit und Sicherheit schließen sich nicht aus – sie müssen in Einklang gebracht werden!

Eine „Datenspeicherung auf Vorrat" bei den Sicherheitsbehörden wird es daher mit uns ebenfalls nicht geben. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Dennoch muss eine Verfolgung schwerster Straftaten und die Abwehr von Lebensgefahren durch die Sicherheitsbehörden möglich sein. Deshalb sind die privaten Netzbetreiber zu verpflichten, Daten in einem unabdingbar notwendigen zeitlichen Rahmen gesichert vorzuhalten. Der Zugriff der Sicherheitsbehörden ist unter restriktiver Berücksichtigung der Voraussetzungen, die das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat, zu regeln.

Die Saar-SPD fordert seit langem eine **Stärkung der Kontrollrechte durch das Parlament**. Die Ausweitung der Kontrollrechte des Parlaments im Verfassungsschutzgesetz sollen auf den aktuellen Stand gebracht werden – andere Bundesländer haben dies bereits getan. Das Saarland soll hier nicht wieder eines der Schlusslichter der Republik werden.

Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehr und Katastrophenschutz stärken und schützen

Wir werden unsere **Einsatzkräfte in allen Bereichen** stärken und schützen. Die Leistungen von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz sind für die Gesellschaft von unschätzbarem Wert. Wir werden im Rahmen der gegebenen finanziellen Mittel und mit Hilfe der Organisationen die **Einsatzfähigkeit optimieren,** um der saarländischen Bevölkerung eine bestmögliche Versorgung bereitzustellen. **Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeschäftigte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte sind nicht hinnehmbar**. Wir setzen nicht nur auf Strafverschärfungen, sondern auch auf die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Zudem sind alle Saarländerinnen und Saarländer gefordert, solchen Taten entgegenzutreten und den Einsatzkräften beiseite zu stehen.

Rechtsextremismus – Nein Danke!

Während die NPD in einige Kommunalparlamente Einzug gehalten hat, organisieren sich parallel zum politischen Erfolg gewaltbereite „Freie Kameradschaften" über die Landesgrenzen hinweg. Der saarländische Verfassungsschutz geht mittlerweile von einer **Verflechtung rechtsextremer Kräfte im Saarland** aus. Rechtsextreme Musik und neue Medien werden gezielt genutzt, um Jugendliche als neue Szenemitglieder zu werben; konspirativ vorbereitete „Konzerte" mit rechten Bands, an denen oft mehrere hundert Personen teilnehmen, dienen der Vernetzung.

Auch wenn die NPD in den letzten beiden Jahren Mitglieder verloren hat, sind **Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus** und die **Ablehnung der Demokratie** weit über den Personenkreis der organisierten Rechtsextremen hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen und haben sich

dort verfestigt: Sechzig Prozent der rechten GewalttäterInnen waren nie Mitglied einer rechten Partei oder Organisation. **Die CDU-Landesregierung hat auf diese Warnzeichen äußerst unzureichend reagiert.** Während der Verfassungsschutz eine Verstärkung der schulischen und außerschulischen Prävention fordern und vor dem Erstarken rechtsextremer Kräfte warnen, werden die bestehenden Projekte gegen Rechtsextremismus von der Landesregierung als ausreichend betrachtet und schlecht finanziert.

Mit Projektarbeit an Schulen und in der Jugendarbeit wollen wir extremistischem Gedankengut in allen Facetten begegnen. Extremismus-Bekämpfung ist Daueraufgabe und muss in den Schulen fester Bestandteil werden. Wir werden Projekte wie **„Schule ohne Rassismus“** und das **„Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC)** dauerhaft absichern. Kommunale MandatsträgerInnen, aktive Ehrenamtliche, Lehrerinnen und Lehrer und engagierte Eltern müssen auf die Konfrontation mit extrem rechtem und faschistischem Gedankengut vorbereitet werden. Mit einem **Ausbau der politischen Bildungsarbeit im Erwachsenenbereich** kann ein wichtiger Beitrag zur weltoffenen Gesellschaft geleistet werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein **weltoffenes, interkulturelles Saarland** ein. Jeder Mensch soll selbstbestimmt und frei von Diskriminierung leben können. Ein **Verbot der NPD** würde bei der Bekämpfung des rechten Extremismus helfen. Wir unterstützen daher das Verbotsverfahren auf Bundesebene. Unser Engagement erfordern auch die dunklen Kapitel der NS-Geschichte. Zu erinnern ist an die Opfer des Gestapo-Lagers Neue Bremm, an Verfolgung und Widerstand an der Saar.

Prävention gegen Gewalt, Opferschutz

Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden Gewalt in allen Ausprägungen und auf allen Ebenen entgegentreten. Dazu gehören die **Stärkung der Präventionsarbeit** auch in Hinblick auf zukünftige Personalressourcen, die Verstärkung der Kooperation von Justiz, Polizei, Sozial- und Jugendämtern, Kirchen und Schulen sowie freien Trägern. Gewalt ist ein unglaublicher Kostenfaktor. Die Gesellschaft zahlt im Rahmen der Strafverfolgung, des Strafvollzugs, der Resozialisierung und der sozialen Sicherungssysteme. Erfolgreiche Prävention heißt in erster Linie Reduzierung von Gewalt und damit weniger Opfer, denn Opfer sind die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Gleichzeitig verfolgen wir eine **Stärkung des Opferschutzes**. Die Opfer von Gewalttaten brauchen unsere Hilfe, um nach meist traumatischen Erlebnissen wieder ein normales Leben führen zu können. Daher werden wir den Ausbau der Hilfsangebote für Kriminalitätsopfer und die Erweiterung der Ausbildung mit der Ausrichtung auf den Opferschutz vorantreiben.

Die Unabhängigkeit unserer Justiz bewahren und stärken

In unserem **Rechtsstaat** ist die Unabhängigkeit der Justiz oberstes Gebot und effektiver **Rechtsschutz** für unsere Bürgerinnen und Bürger unser Ziel. Um diesem hohen Ziel näher zu kommen, werden wir die Strukturen in der Justizverwaltung einer genauen Überprüfung unterziehen und in Zusammenarbeit mit Organisationen und Verbänden sowie länderübergreifend deren Optimierung voranbringen:

Eine SPD-Landesregierung wird die **Selbstverwaltung der Justiz** ausbauen und Personalplanung und Fortbildung verbessern. Wir wollen **Kooperationsmöglichkeiten mit Rheinland-Pfalz** ausloten. **Privatisierungen** in der Justiz kommen für uns nicht in Frage, weder im Strafvollzug, noch bei den GerichtsvollzieherInnen.

Bei der **Bekämpfung der Jugendkriminalität** setzen wir auf den Ausbau und die Fortsetzung der bestehenden Programme und eine stärkere Vernetzung mit Schulen und Vereinen, z.B. im Rahmen des **„Initiativprogramms Jugendlicher Intensivtäter“ (JIT)** und von Projekten wie **„Chance e.V.“, „2. Chance“** und anderen. Mit einer **Reform des Saarländischen Erwachsenenstrafvollzugsgesetzes** auf Basis des Musterentwurfs der entsprechenden Länderarbeitsgruppe werden wir die **Resozialisierung als vorrangiges Ziel** festschreiben.

Den **Anwendungsbereich der Fußfessel** werden wir kritisch überprüfen, eine Ausdehnung über die Regelungen der Sicherungsverwahrung hinaus lehnen wir entschieden ab. Mit einer **Überarbeitung des Gesetzes über den Sozialdienst der Justiz** werden wie diesen stärken und Resozialisierungsmaßnahmen insbesondere im Hinblick auf das Thema **Nachsorge** ausbauen.

Die **Lösung der baulichen Situation der Forensik** hat für uns hohe Priorität.